

Er scheint täglich außer Montags, Abonnements-Preis für Berlin: Vierteljährlich 2,50 Mk., monatlich 1,20 Mk., wöchentlich 25 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 2,50 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mk., für das übrige Ausland 2 Mk. pr. Monat. Einget. in der Post-Zeitungs-Verzeichn. für 1892 unter Nr. 6622.

Vorwärts

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfspaltige Zeile oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Leitungssprech-Anstalt Nr. 1, S. 4186.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: Benth-Strasse 2.

Sonntag, den 13. Februar 1892.

Expedition: Benth-Strasse 3.

Rheinisch-Westfälisches.

Ein wahres Schachklüßlein kapitalistischer Profitgier ist der stenographische Bericht über die XXXIII. Generalversammlung des Vereins für die bergbaulichen Interessen im Oberbergamts-Bezirk Dortmund vom 30. Dezbr. 1891, der als zweites Blatt von Nr. 9 des Zechnorgans „Glück auf“ in Essen in diesen Tagen erschien. Er sei hiermit allen Genossen, die in Bergwerksgewerkschaften zu agitieren haben, ebenso warm zur Benutzung empfohlen, als unsere eigenen Parteischriften, selbst auf die Gefahr hin, daß künftig die Drucklegung dieser werthvollen Stenogramme wegen unseres „Mißbrauchs“ mit denselben eingestellt wird. Besonders belehrend dürfte allerwärts die Seite 12 ff. wiedergegebenen Verhandlungen der Zechnerversammlung über die samose „Normal-Arbeitsordnung“ für Bergwerke wirken, welche in ihren materiellen Bestimmungen seit längerer Zeit schon bekannt ist. Dieselben bestehen u. A. in den willkürlichsten und lächerlichsten Strafbestimmungen, in der Festsetzung anderthalbmonatlicher Lohnstrafen und in der Festsetzung ähnlicher schönen Dingen, auf die heute nicht näher eingegangen sein soll. Hier beschäftigen uns zunächst einmal die Art und Weise, wie diese „Musterordnung“ überhaupt nach dem stenographischen Berichte zu Stande kam.

Berggraf Erdmann Willen begründete zuerst die Idee, mit welcher man die Arbeitsordnung auf den westfälischen Zechnen gerade jetzt einführt, ganz offen folgendermaßen. Er sagte wörtlich: „Wir wollen die Arbeitsordnung vor dem Zusammentreten des Landtages (und dem Bekanntwerden der Berggesetz-Novelle) durch Rauschschlag den Arbeitern bekannt machen und alsdann einführen, weil wir glauben, ... daß wir alsdann diese bereits eingeführte Arbeitsordnung den Arbeitern zur Aeußerung nicht vorzulegen brauchen. Sollte dies nicht der Fall sein, so haben wir das unferne gethan und werden jede Verantwortung ablehnen. ... Sollte die Absicht bestehen, den Bergbau zum Versuchsfelde für sozialpolitische Neuerungen zu machen, so haben wir alle Ursache, dem zu widerstehen. ... Sie erlassen mir wohl, auf dieses Thema näher einzugehen.“ Soweit der westfälische Zechnenvertreter. Dann man cynischer eingestehen, um was es sich bei dieser „Reform“ veralteter Arbeits-Ordnungen handelt, die nach einer weiteren Aeußerung des genannten Herrn Anlaß zu scheinbar berechtigten Angriffen bieten könnten? Nicht die Sorge um das Wohl und Befehl der Bergarbeiter, nicht einmal das Bestreben, äußerlich honett dazustehen, leitet die westfälischen Zechnenverwaltungen bei der Ordnung ihrer Arbeiterverhältnisse. Die Furcht vor der Arbeiterkritik auf der einen Seite und auf der anderen höhnen der Unternehmertroß gegenüber den matten Reformversuchen des christlich-sozialen Staates sind die einzig bestimmenden Momente. Weil „scheinbar berechnete Angriffe“ gegen die „veralteten Arbeitsordnungen“ gerichtet wurden, geht es mit diesen Ueberresten aus der

Zeit der Dürigkeit nicht mehr. Soweit sind wir mit den Herren einig und quittieren gern über das Zugeständniß, daß sie der zielbewußten Arbeiterbewegung machen. Aber wir müssen noch weiter drücken, um auch den Unternehmertroß zu brechen, der dem Staate frech ins Gesicht lacht. Ihr denkt uns durch eine Berggesetz-Novelle zur Vereinbarung unserer Arbeitsordnungen mit den Bergleuten zwingen zu können? So höhnen die Zechnengewaltigen den Geheimräthen im Ministerium entgegen. Wir schlagen Euch ein Schnippchen! Wir „machen“ unsere „Arbeitsordnung“ vorher selber, verkünden sie als unseren Willen, und wer nicht unter ihr arbeiten will, der mag kündigen und gehen! Aber es kommt auch noch eine Drohung: Solltet Ihr in unsere geheiligten Rechte eingreifen wollen, so werden wir den offenen Widerstand gegen den Staat proklamieren. Unser Profit ist uns heiliger als alle Loyalität und aller patriotischer Blunder. Versucht's nur, an unseren Willen zu rühren; unsere Macht ist vielleicht größer als die Eure! Das ist der Sinn der offenen Aeußerungen des Vorsitzenden auf der Dortmunder Zechnerversammlung. Das ist der Patriotismus und die Vaterlandsliebe, der Ordnungssinn und die Gerechtigkeit der herrschenden Klassen. Druckt noch recht oft solche Aeußerungen nach dem stenographischen Protokolle ab. Eure Bergleute in ihrer Uneinigkeit, in ihrem Knechtsinn, können mehr daraus lernen, als aus allen Agitationsreden. Und der Staat braucht sich nun keine Mühe mehr zu geben, die Harmonie zwischen Unternehmern und Arbeitern zu predigen. Er ist ja verhöhnt und verspottet von seinen eigenen Auftraggebern. Es geht doch nichts über eine gewisse Klarheit der Verhältnisse.

Aber das ist nur eine Probe für das eine Verfahren der Zechnenbarone; ihr Register ist noch viel reichhaltiger. Es handelte sich im weiteren Verlauf der Verhandlungen darum, eine Bestimmung in die Arbeitsordnung aufzunehmen, nach welcher die Zeche oder die Bergleute die Beleuchtung der Arbeitsstätte tragen. Die Kommission, welche die „Musterarbeitsordnung“ verfaßt hatte, bestand aus einer Anzahl weißer Raben, die, wie die Wirklichkeit zeigte, jede Fühlung mit ihren Vollblutkollegen verloren hatten. Sie beging die unverzeihliche Schwäche, die Abschaffung der Bezahlung des Delts durch die Bergleute zu beantragen. Der eine von ihnen erging sich in fränslichen Auspielungen. Er sagte: „Der Herr Referent hat ganz Recht, wenn er das Delgeld als einen alten Jopf bezeichnet. Ueberall werden dem Arbeiter die Arbeitsräume erleuchtet, der Bergmann ist der einzige, der für die Beleuchtung etwas bezahlt.“ Aber da kam er bei den anderen Herren schön an. „Ich wüßte doch nicht, warum wir bei niedergehenden Kohlenpreisen (zur selben Zeit einigten sich die westfälischen Zechnen zu einem großen Kartell, das die exorbitanten Preise auf der alten Höhe hält! Redaktion) eine Lohnerhöhung von 6 bis 10 Pf. durch Wegfall des Delgeldes einführen sollten“ — so meinte der Eine. Es

werden diejenigen Zechnen, die augenblicklich nicht in der Lage sind, ein derartiges Opfer (!) zu bringen, in eine schiefe Stellung zu ihren Arbeitern gerathen“, sagte der Andere. Sehen wir gleich den Schluß der erhebenden Verhandlung wörtlich hierher: „Herr Generaldirektor Boniver: Es würde einen schlechten Eindruck machen, wenn die Zechnen, welche jetzt das Delgelde abziehen, das durch Lohnermäßigung machen wollten. Ich glaube, die Zeiten sind nicht dazu angethan, solche Experimente (!) zu machen. Es würde sehr übel sein, wenn auf einigen Zechnen das Wort stünde und auf anderen nicht. Ich möchte daher beantragen, das Wort „Delgelde“ einzuschreiben. Vorsichtiger: Es hat sich Niemand weiter zum Wort gemeldet, wir schreiten also zur Abstimmung. Ich bitte diejenigen Herren, welche für den Antrag sind, das Wort „Delgelde“ (soll heißen Bezahlung desselben durch die Bergleute. Red.) einzuschreiben, die Hand zu erheben (Geschicht). Der Antrag ist mit großer Mehrheit angenommen.“ So der stenographische Bericht. Der Werth dieses Dokumentes ist unschätzbar, auch für den künftigen Verfasser des deutschen „Kapitals“. Die Gewinn gier der westfälischen Zechnen schillert durch die angeführten Zeilen in allen Farben, einmal in der blassen Farbe der Furcht vor dem Eindruck, den die Aufhebung des Delgeldes dort machen muß, wo es noch weiter den Arbeitern abgepreßt wird, dann wieder in der elken Farbe der Geldgier, der es beim Gedanken an eine Lohnerhöhung von 6—10 Pf. „in diesen schlechten Zeiten“ in den Eingeweiden schmerzt ob der verlorenen Arbeiterpfennige, die dann nicht mehr in die Unternehmerkasse wandern; und den würdigen Abschluß bildet die „große Mehrheit“ der wohlgepflegten Direktorenhände, die sich für die Weiterhebung des schmuckvollen Delabzuges in die Käste recht — ein Bild, das als Illustration zur bürgerlichen Weltordnung von einem Photographen hätte festgehalten werden sollen. Für uns Zeitgenossen verliert der feierliche Abstimmungs vorgang nichts durch den Mangel einer bildlichen Darstellung; er wird auch ohnedies seine Wirkung für die Bergarbeiter-Bewegung thun.

Also nochmals: veröffentlicht noch recht oft solche Stenogramme Eurer kapitalistischen Intimitäten, werthe Zechnenvertreter in Rheinland-Westfalen! Sie machen Euch jedenfalls mehr Ehre, als die heuchlerischen Tiraden Eurer Kohlentante, der Rheinisch-Westfälischen Zeitung“. Dort geht Ihr Euch doch, wie Ihr seid, und das ist immerhin lobenswerth; wenn Euch die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ in den zeršķliffenen Tugendmantel hüllen will, erntet Ihr zum Fluche der Profitgier auch noch denjenigen der Lächerlichkeit, und das ist doch schließlich zu viel für Eure würdevolle Stellung im christlich-sozialen Staate.

Feuilleton.

Reduziert verboten.)

37

Am Webstuhl der Zeit.

Zeitgenössischer Roman in 3 Bänden von H. Otto Walster.

„Halt!“ ruft aber der Angeredete, „seien Sie nicht so schnell denn bevor das letzte Glas geleert wird, drängt es mich, Ihnen einen Vorschlag zu machen. Ich habe nämlich eine Idee, eine großartige Idee!“

„Eine Idee! Lassen Sie hören, Herr Frank,“ meinte Lango.

„Ja, meine Herren, hören Sie und erstaunen Sie, welche verwegene Gedanken einen selbst an einem solchen Orte erfassen können. Wir haben doch gelesen, daß morgen eine große Volksversammlung in dem Saale der „Zentralhalle“ abgehalten werden soll. Diese darf doch unmöglich abgehalten werden, ohne daß die große demokratische Partei ein Lebenszeichen von sich giebt. Wer aber soll in ihrem Namen sprechen, wenn nicht wir, selbst die sogenannten Fortschrittsmänner wohlweislich die hervorragendsten Intelligenzen an ihre Interesse zu fesseln verstanden haben. Diese neue Versammlung, sage ich, darf nicht ausfallen, wie die letzte. Wir müssen diesen liberalen Heuschlern ein „memento mori“ zurufen, und deshalb scheint es mir unbedingt nöthig, daß wir selbst in dieser Versammlung erscheinen.“

„Wie? wir?“ riefen die Anwesenden im höchsten Grade verwundert und sahen den Sprecher zweifelhaft an.

„Ja, wir, wir selbst in höchst eigener Person.“

„Aber wie sollten wir das ermöglichen können?“ fragten Mehrere zu gleicher Zeit.

„Ja, darin liegt eben die Idee! Urlaub wird man uns schwerlich geben.“

„Schwerlich, schwerlich!“ tönte es unter Lachen.

„Folglich müssen wir ausziehen!“

„Ausziehen!“

„Ja, ausziehen, und zwar heimlich, wie die Kinder Israel's aus Egypten. Kommen Sie einmal mit, meine Herren, und überzeugen Sie sich selbst von der Ausführbarkeit meines Planes.“

Alle folgten erwartungsvoll dem Führer, der aus dem „Familienzimmer“, in welchem die Gesellschaft sich befand, nach der „Eszplanade“ und von da nach dem Zwischenlokal schritt, das diese von dem „Meditationszimmer“ trennte. Hier blieb er stehen und deutete auf eine massive Thüre, welche augenscheinlich nach einer Treppe führte.

„Sehen Sie diese Thüre, meine Herren? Die ist nicht umsonst hier angebracht worden, die muß irgendwo hinführen.“

„Höchst wahrscheinlich,“ meinte Barth, die Frage ist nur: wohin?“

„Aus diesem Stockwerk jedenfalls und wahrscheinlich nach dem unteren,“ meinte Frank. „Aber wer befindet sich in den Räumen unter uns? Bei Tage aller Vermuthung nach die Herren vom Gericht und nach sieben Uhr Abends Niemand. Stimmt das?“

„Das wird schon stimmen,“ meinte Barth, „aber wenn wir auch in die Gerichtsstuben eindringen können, so sind wir damit doch noch nicht im Freien!“

„Da sind wir noch nicht im Freien, sehr richtig bemerkt, aber wir gelangen von da bis zur Vorfaalthüre des unteren

Stockes, welche wir auf dem Flügel dort drüben sehen, und diese Thüre wird doch zu öffnen sein? Ist sie aber einmal offen, dann gewinnen wir die Treppe. Gegen 8 Uhr ist es bereits ganz finster, da ist auch die Hausthür noch offen. Wir schleichen also ganz geräuschlos die Treppen hinunter, zur Hausthür hinaus und — hurrah in's Freie! Was sagen Sie dazu, meine Herren, ist meine Idee nicht köstlich?“

„Es ist ein gewagtes Ding“, meinte der alte Schuhmachermeister bedenklich.

„Gewagt? wie so, Herr Draht. Das Schlimmste, das uns passieren könnte, wäre, daß wir nicht hinaus können, und mit diesem Schlimmsten sind wir nicht schlimmer daran, als jetzt.“

„Aber der Herr Wachtmeister und die Herren vom Gericht?“

„Können uns den Hobel ausblasen, wenn sie wollen. Ich wüßte nicht, was mir gleichgültiger wäre, als das, was diese Herren dazu sagen würden. Oder meinen sie vielleicht, es sei unsere Pflicht, hier so lange zu sitzen, bis es unseren verehrlichen Herren Gläubigern beliebt, uns wieder in Freiheit zu setzen? Warten Sie einmal, still! ich höre die Thüre gehen; verschwinden Sie meine Herren.“

In der That war noch kaum die kleine Gesellschaft auseinandergeflogen, als Frank, der nach den vorderen Zimmern schritt, sich beim Öffnen der Thüre einem Gerichtsdiener gegenüber befand.

„Ach, Sie Herr Anton? Der Einzige Ihrer ganzen verehrlichen Korporation, den man mit Freuden hier oben erscheinen sieht, weil Sie Freiheit und Frieden bringen. Nehen Sie vielleicht mir diesmal mit der Friedensbotschaft?“

„Leider nein, Herr Frank,“ erwiderte der alte Mann.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 12. Februar.

Die Herren Rektionäre spüren Frühlingsschmerzen in der Brust und einer ihrer rücksichtslosesten aber auch offenkundigsten Vertreter, Herr von Stumm-Halberg, empfand das Bedürfnis von dem, wovon sein Herz voll ist, aller Welt Mittheilung zu machen. Zwar war die Gelegenheit, bei der heute der „König“ Stumm seine groß beachtliche, aber schlecht ausgefallene Rede, gegen die Sozialdemokratie vorbrachte, denkbar schlecht gewählt. Gelegentlich des Statistiks der Verwaltung der Reichs-Eisenbahnen kann man von gestickten Schienen, schlechten Löhnen der Arbeiter, schlechter Behandlung oder unmotivierten Entlassungen derselben reden, aber zu einer großen Sozialisten-Debatte diesen Titel zu benutzen, das kann nur einem Manne einfallen, der gewohnt ist, über Alles sich mit souveräner Verachtung hinweg zu setzen, was nicht die Billigung seines werthen Ich's gefunden hat.

So schob Herr von Stumm auch heute die Geschäftsordnung kurzer Hand bei Seite und statt über die Verwaltung der Reichs-Eisenbahnen in Elßah-Lothringen sprach der unumschränkte Herrscher von Neunkirchen über die Gefahren der Sozialdemokratie, Atheismus, freie Liebe, Königsmord und andere Kleinigkeiten.

Die Rede war wohl vorbereitet, was sich schon daraus ergibt, daß Herr v. Stumm schon am Donnerstag in Bekantenenkreisen sie verkündigte, und sie war außerdem augenscheinlich bestimmt, ganz wo anders als im Reichstage Wirkung zu thun. So viel nämlich hat auch Herr von Stumm schon gelernt, daß er weiß, daß man mit den alten, hundert Mal schon vorgetragenen, aus dem Zusammenhang gerissenen und meistens gefälschten Zitaten über Aeußerungen von Sozialdemokraten, im Reichstage keine Wirkung mehr erzielt. In dem Buche des Pfarrers Schuster und in den Lügen des Dr. Hans Blum sind ja die Sachen längst abgedruckt und vor allem besser gruppiert, als sie sich in einer Rede vortragen lassen.

Vielleicht überlegt sich deshalb Herr Stumm jetzt, nachdem er mit seiner Rede so elend Schiffbruch gelitten hat, die Sache, und verweist dort, wo er es für nothwendig hält, mit seiner Rede einzuwirken, auf Blum's Lügen. Das erfüllt den Zweck auch und der Gewaltige von Neunkirchen erspart sich weitere Blamagen. Die heute erhaltene nimmt ihm freilich Niemand mehr ab, und eine recht gründliche Blamage war es, die Herr Stumm bei seinem Vorstoß eingehandelt hat. Abgesehen davon, daß Stumm, als dem präsidirenden Grafen Velleström endlich die Geduld riß und derselbe den Redner zur Sache rief, der Faden so vollständig verloren ging, daß man glauben konnte, der Redezug sei plötzlich auf eine „gestückte Schiene“ gerathen und diese gebrochen, — so fand der Schlotjunke in unserem Genossen Bebel auch einen so gewappneten Gegner, daß selbst den eigenen Parteigenossen Stumm's das Mißbehagen über sein verunglücktes Reiterstücklein auf den Gesichtern abzulesen war. Unser Genosse hatte wieder einmal seinen guten Tag und die beste Frucht aus der Debatte kann die Partei dadurch ziehen, wenn sie die Rede Stumm's und die Antwort Bebel's darauf in einem besonderen Flugblatt zu Hunderttausenden im Lande verbreitet.

Kann der geplante große Reaktionsstreik gegen den letzten Rest unserer politischen Freiheiten nicht geschickter ein- und durchgeführt werden, wie dies heute König Stumm that, dann erscheint uns die besonders in gewissen liberalen Kreisen darüber vorhandene Aufregung zum Mindesten sehr übertrieben.

Gründliche Arbeit scheinen die Herren vom heiligen Rock bis zu Herrn v. Kardorff ja allerdings machen zu wollen, wenigstens muß man dies aus einer Aeußerung des letztgenannten Herrn, dieses enfant terrible der Rechten, schließen. Danach ist es auf nichts Geringeres abgesehen, als auf eine Zurückgewinnung unserer gesammten Press-, Vereins- und Strafschulgesetzgebung. Vielleicht kommt dann noch ein bischen großer Belagerungszustand dazu und die gequälte Seele des Herrn v. Stumm würde Ruhe finden. Vorläufig jedoch sind wir noch nicht so weit, verbittet sich doch Herr von Bennigsen sogar noch den Verdacht, daß er das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht zu opfern bereit sei, wie er heute, auf eine Anzapfung Bebel's hin, in

„obwohl ich es schon längst gewünscht hatte. Doch verlieren Sie mir nicht die Geduld; es ist selten Einer hier oben gestorben!“

„Auch ein Trost,“ meinte Frank lächelnd. „Und da wollen Sie wahrscheinlich zu Herrn Barth?“

„So ist es,“ erwiderte der Bote.

„Nun, der Mann braucht's nöthiger, als ich, da kommen Sie nur mit hier herein. Herr Barth,“ rief er sodann, die Thüre öffnend. „Ihr Friedensbote ist erschienen.“

„Ja, Herr Barth,“ erklärte der Gerichtsdienner, „der Herr Gerichtsrath schickt mich heraus, um Ihnen anzukündigen, daß Sie frei sind, — daß Sie gehen können.“

„Ich danke für die frohe Botschaft,“ versetzte Barth, und lade Sie ein, auf dieses mir so freudige Ereigniß bies Glas Wein zu leeren.“

„Sehr verbunden; ich trinke auf Ihr spezielles und auf aller Anderen Wohl!“

Keiner der Anwesenden empfand den geringsten Reiz gegen den Glücklichen, nicht einmal der Mime, welcher von Barth mit den Worten Abschied nahm:

Gedenkt Ihr mein ein kleines Weischen nur, Ich werde Zeit genug, an Euch zu denken, haben!“ — und dann mit dumpferem Tone hinzusetzte:

„Geb' wohl, Madrid, wie wende sich dein Glück!“

„Leben Sie wohl, Herr Barth, ich hoffe Sie bald draußen in der Freiheit wieder zu sehen,“ rief Lange.

„Mein Freund, mein Leidensgefährte!“ rief Jwan erregt. „Sie werden mir während der Lage, die ich hier noch zubringen muß, sehr fehlen, aber wir werden uns unter glücklicheren Verhältnissen wiedersehen, als die da sind, die uns jetzt in der Scheidestunde umgeben.“

„Ich hoffe, Sie werden mich nicht ganz vergessen und — nichts für ungut,“ bat der alte Schuhmachermeister.

„Ich habe meine alten Kameraden und Freunde verloren,“ erklärte der Offizier, „aber ich habe einen neuen und besseren in Ihnen gefunden.“

Der Normalmensch sagte nichts, sondern drückte dem Scheidenden nur stumm die Hand.

Der alte Israelit dagegen zog den Buchdrucker bei Seite und flüsterte ihm ins Ohr:

der Form einer persönlichen Bemerkung erklärte. Es wäre auch gar zu niedlich gewesen, wenn die Sammlung der großen liberalen Partei, deren Nothwendigkeit der einstige Führer des Nationalvereins kürzlich verkündigte, sich auf der Basis der Preisgebung des deutschen Reichs-Wahlrechts vollziehen würde. Im Uebrigen wollen wir uns nicht verhehlen, daß die gestrige Debatte eine symptomatische Bedeutung für die in gewissen politischen Kreisen angestrebte Richtung hat. Die Situation hat eine gewisse Ähnlichkeit mit den Frühjahrs-Monaten des Jahres 1878. Unsere Bourgeoisie ist wüthend, daß der schlechte Geschäftsgang ihren Profit schmälert, die Regierung steck in einer Zwischmühle wie Jemand, der zwischen zwei Stühlen gerathen ist, der Staatscredit ist mächtig erschüttert, wie das tägliche Ergebnis der letzten Anleihe zeigt. Was Wunder, daß unter solchen Verhältnissen man wieder nach einem Sündenbock Ausschau hält, über den man den ganzen Unmuth und Groll ergießen kann. 1878 war es die Sozialdemokratie, warum soll dieselbe nicht noch einmal als Prügelknabe dienen! —

So denken zweifellos die Herren von Stumm und Kardorff. Ob auch an maßgebenderen Stellen dieselben Erwägungen gepflogen werden, wir wissen es nicht. Das aber wissen wir: mag die nächste Zukunft bringen was sie will, die Sozialdemokratie wird nicht überrascht und noch viel weniger erschüttert werden. Haben unsere Gegner an ihren Maßnahmen von 1878 und deren Wirkungen während der Zeit des Sozialistengesetzes nichts gelernt, die Sozialdemokratie hat gelernt und vor allem nichts vergessen. —

Die Entschädigung unschuldig Verurtheilter beschäftigt gestern wieder den Reichstag. Es ist dieses eine der „Kulturfragen ersten Ranges“, betreffs derer selbst die „National-Zeitung“ bellagt, daß Deutschland immermehr ins Hintertreffen gerathe. Deutschland hat auch andere Kulturfragen zu lösen, in denen es den anderen Staaten weit voraus ist. Wie findig weiß unsere Rechtspraxis den Begriff des „groben Unfugs“ auszudehnen! Die Verantwortlichkeit für den Inhalt von Pressezeugnissen wird bereits auf den Maschinenmeister ausgedehnt und der Reihensolge nach demnächst noch auf den Falzer, Zeitungsjungen und schließlich wohl noch auf den Lumpensammler, der zur Herstellung des Papiers, auf welchem das strafbare Pressezeugniß gedruckt ist, die Lumpen geliefert hat, erstreckt werden. Trunksucht- und Unfittlichkeitsgesetz werden uns auch demnächst mit einer Fülle gesetzgeberischer und juristischer Weisheit beglücken. Auf den „unpatriotischen“ Vorwurf der „National-Zeitung“, der uns anderen Staaten gegenüber herabwürdigt, geben wir nichts.

Der ultramontane Abg. von Strombeck meint zwar, es sei eine Forderung christlich er Gerechtigkeits, daß ein unschuldig Verurtheilter entschädigt werde. Da weiß Herr von Strombeck sehr wenig von christlicher Gerechtigkeits. Auf der Generalversammlung der katholischen Vereine hätte er sich belehren lassen können, daß, wenn ein Arbeiter für seinen Schweiß keinen Lohn erhält, er dafür reichlich im Jeneseits entschädigt werden wird. Da weiß der Staatssekretär im Reichs-Justizamt, Boffe, besser, was christlich er Gerechtigkeits ist. Zunächst führt er aus, daß es Imponderabilien (unwägbarbare Dinge) giebt, für die es überhaupt keine Entschädigung geben könne. Diese Imponderabilien sind uns ein alter Bekannter; wir begegneten ihnen bereits vor 30 Jahren im Kolleg eines juristischen Professors. Derselbe führte die Nichtentschädigung auf die ideale Auffassung des Deutschen zurück, die sich verlegt fühle durch die Zumuthung, er könne für die Entziehung der persönlichen Freiheit durch irgend eine Geldsumme entschädigt werden. Wer mich auch nur für 24 Stunden der Freiheit beraubt, kann diese Beraubung mit allen Schätzen Rothschild's nicht wieder gut machen. Bist du, ehrfurchtbarer deutscher Reichsangehöriger, also unschuldig aus dem Kreise deiner Familie und deines Geschäftes ins Gefängniß geführt, geht während deiner Haft dein Geschäft zu Grunde und verfallt deine Familie dem Elend — wer kann dich für alles erlittene Leid entschädigen? Und da das nicht geht, so giebt man dir lieber gar nichts, und wenn du ein guter Christ bist, so betrachte das dir von Menschen zugesagte Leid als eine Prüfung von „oben“, die dir „oben“ vergolten werden wird. Dann hat der Herr Staatssekretär auch noch ein Bedenken. Wer soll entschädigt werden? Ist der Freigesprochene denn immer auch ein Unschuldiger? Seine Schuld

„Ich habe Sie kennen gelernt als einen Menschen, welcher ist reell; wenn Sie sollten kommen in große Schwulst, kommen Sie zu dem alten Leon. Wenn ich auch bin ein armer Mann, habe ich doch Freunde, die Ihnen borgen sollen ohne Provision zu landesüblichen Zinsen. Vergessen Sie's nicht, es sind keine Plundersereien dabei.“

„Meine Herren,“ rief der Buchdrucker mit gerührter Stimme, „ich habe nicht geglaubt, daß man auch von einem solchen Ort mit Schmerz und Wehmuth scheiden könnte. Ich trete aus einem Kreis von Freunden, und ein treuer Freund werde ich Ihnen verbleiben. Den nächsten Freundschaftsdienst sollen Sie morgen von mir erfahren. Ich werde Ihnen einen zuverlässigen Schlosser schicken und selbst für den Nothfall mit zur Hand sein. Selbstverständlich ist Jeder von Ihnen, der nächsten Sonntag nach Hasselbach kommen kann, freundlichst eingeladen.“

Erst jetzt kam auch der Advokat aus dem „Studirzimmer“ herbei und beschloß die Abschiedsszene mit seinen Glückwünschen.

Die folgende Nacht vom Freitag zum Sonnabend wurde sehr unruhig von den Bewohnern der „Wechselstube“ verbracht. Jeder entwarf sich seinen Feldzugsplan, und erst spät nach Mitternacht erstarb das Gespräch zwischen denen, welche ein Zimmer gemeinschaftlich bewohnten. Aber selbst nachdem man sich wiederholt „gute Nacht“ gewünscht, träumte Jeder noch für sich im Stillen weiter.

Selbstverständlich erwachte am anderen Morgen die Aufregung zugleich mit dem wiederkehrenden Bewußtsein, aber wie auf gemeinschaftliche Verabredung wurde allgemein geschwiegen von dem, was die Geister am Meisten beschäftigte. Nur einmal, beim Mittagessen, bemerkte Frank: „Deute, vergeht nur nicht, Eure etwaigen Vorräthe aufzuzehren, damit während unsrer Abwesenheit nichts verdorbt oder von den Mäusen weggefressen wird,“ eine Ausrufung, die ein vergnügtes Gemurmel hervorrief.

Die alte Magd konnte sich seit langer Zeit nicht erinnern, so viele fröhliche Gesichter zusammen gesehen zu haben, und selbst dem Wächmeister, als er seinen Rundgang unter-

ist vielleicht bloß nicht erwiesen. Und nur denke man sich, ein solcher Verbrecher solle nicht bloß dem Strafrecht entgehen, sondern noch mit klingendem Lohne in der Tasche der Gerechtigkeits Dohn sprechen! Nein, dreimal nein! Eher mögen 100 unschuldig Inhaftirte und Gefangene mit ihren Familien im Elend umkommen, ehe solch' ein der christlichen Gerechtigkeits widersprechender Fall eintrete. Gewöhnen wir uns an den Gedanken, daß wir in einem christlichen Staat leben; die innere Zufriedenheit, die allein das Glück gewährt, wie Herr v. Stephan es so schön sagt, wird den unschuldig Leidenden auch im Zuchthaus trösten. Aber Religion muß man haben. —

Die Volksschulgesetz-Kommission des Abgeordneten-Hauses setzte gestern Nachmittag die Verathung des § 5 fort, welcher von dem Lehrplan und der inneren Einrichtung der Volksschule handelt. Abg. Ridert will statt „vaterländischer Geschichte“ gesagt wissen „Geschichte, insbesondere vaterländische Geschichte.“ Der Antrag wird abgelehnt. Was wäre übrigens mit dem Ridert'schen Antrag erreicht? Geschichte im „konfessionellen“ und „patriotischen“ Sinne gelehrt, würde nur die tendenziöse Geschichtsfälschung fördern. Die Anträge Ridert und Enneccerus auf Festlegung der Zahl der Religionsstunden wird abgelehnt. In der Konfessionsschule nach dem Schulgesetz würde auch die Annahme dieser Anträge nichts genutzt haben. Fast alle Unterrichtsfächer werden sich auf die „Religion“ und die „vaterländische Geschichte“ im Sinne der Hahn'schen und Vormann'schen Lehrbücher zuspitzen. An diesem Schulgesetz-Entwurf ist nichts zu verbessern. —

Ueber die gesellschaftlichen Ursachen der Verbrechen veröffentlicht der bekannte Strafrechtsexperte Professor Franz von List in Halle im „Sozialpolitischen Zentralblatt“ einen Aufsatz, dem wir folgende Ausführungen entnehmen:

Eine bessere Umgestaltung unserer Gesellschaftsordnung wird den Antrieben zum Verbrechen in den heute lebenden Menschen wesentlich mindern. Aber unendlich viel wichtiger, unendlich viel dauernder wird ihre Wirkung auf die kommenden Geschlechter sein. Sie wird, indem sie die Zahl der erblich Belasteten mindert, die Bestie im Menschen zähmen. Das ist keine Utopie. Es wird wohl leichter sein, die Wirkung einer solchen Umgestaltung zu unterschätzen, als sie richtig in ihrer vollen Tragweite zu würdigen. Aber welche Umgestaltung? Das ist die Frage, auf die wir Antwort geben müssen, wollen wir nicht als harmlose Schwärmer bei Seite geschoben werden. Auf der Suggestion beruht unsere ganze Erziehung, in der Schule wie im Leben. Was uns vom Verbrechen abhält, das sind die Hemmungsvorstellungen, die uns anerzogen, die uns eingepflanzt werden, bis sie in unser Fleisch und Blut übergehen und unser Thun und Lassen beherrschen, ohne daß wir uns dessen bewußt werden. Das sollst Du, Das sollst Du nicht! — diese allgemeinen Vorschriften des Rechts und der Sittlichkeit, der Religion und der Menschenliebe oder wie Ihr es nennen wollt, die müssen uns bestimmen, ohne daß wir überlegen, ohne daß wir schwanken oder zaudern. Was die Rechtsordnung von uns verlangt, das müssen wir leisten können, wie die Gewehrgriffe, auf Eins, Zwei, Drei, selbst im Halbkalnummer. Der Haltung hat, verliert sie nicht, auch wenn der Alkohol seine Sinne umnebelt. Die Hemmungsvorstellungen aber bewahren ihre Kraft nur, wenn wir im Kreise der Genossen, im geschlossenen, durch gleiche Anschauungen und durch die Gemeinschaft der Interessen zusammengehaltenen Kreise leben. Auf sich selbst gestellt, bewährt sich der echte Mann. Aber die sind dünn gesät, die das vermögen. Die große Mehrzahl von uns braucht äußerer Halt. Wer hat es nicht an sich selbst erfahren, wie Arztheit und Borurtheil, wie Glauben und Aberglauben seiner Genossen bestimmend auf ihn wirken; wie er die anderen hielt und wie er von ihnen gehalten wurde? Zerbröckelt die geschlossenen Kreise, und ihr Schwächst oder vernichtet die Hemmungsvorstellungen; atomisirt die Gesellschaft, daß jeder auf sich gestellt ist im Kampfe aller gegen alle, und ihr entfesselt, was an bösen Trieben in uns wurzelt, deklassirt den Menschen, und ihr habt ihn dem Verbrechen in die Arme getrieben. Und diese Deklassirung hat unsere heutige Wirtschaftsordnung reichlich besorgt. Sie hat den Egoismus entfesselt, ohne ihm Schranken zu setzen. Sie erntet, was sie gesät. In dem Proletariat hat sie den Nährboden selbst geschaffen, in dem der Mikrobe des Verbrechens gedeiht. Neben dem Reichthum einzelner das Massenelend. Dann wundern wir uns noch, wenn der Kriminalstatistiker über die steigende Menge der Fällarten klagt. Jede Gesellschaft hat die Verbrecher, die sie verdient, wobei neben den vielen Kleinen die wenigen Großen nicht vergessen werden sollten. Das ist das Problem der Kriminalität. Mit der Erkenntniß des Uebels ist der Weg zur Heilung vorgezeichnet.“

nahm, kam es vor, als herrsche ein eigenthümlicher Geist unter den Deuten.

In der sechsten Abendstunde erschien endlich auch Barth zu Besuch, und ihm folgten in Zwischenräumen eine ziemlich Anzahl seiner Leute, die sich einzeln oder paarweise wieder entfernten. Schließlich war von allen Besuchern nur noch ein junger Mann mit ihm zurückgeblieben. Da wandte sich der Buchdrucker zu der im „Studirzimmer“ versammelten Gesellschaft und sagte:

„Ich habe Ihnen hier Herrn Habicht, einen jungen Schlosser, mitgebracht, der entschlossen ist, Ihnen mit seiner Kunst zu dienen. Die anderen Leute hatte ich nur veranlaßt, hierher zu kommen, damit Wächmeisters nicht merkten, daß Einer mit hereingekommen ist, welcher auf einem anderen Wege hinauszukommen gedenkt. Meine Aufgabe ist mit der Führung dieses Helfers beendet.“

Beim Abendessen um 7 Uhr erschienen zwei große Krüge Bier, das Abschiedsgeschenk des Buchdruckers. Man nahm die Mahlzeit mit aller Ruhe und Behäbigkeit ein. Als es aber 8 Uhr schlug, mahnte Frank mit den Worten:

„Und nun machen Sie Ihre Reise-Toilette, meine Herren! Alle halten sich bereit für den großen Moment.“

Langsam schlichen die Minuten für die Erwartungsvollen hin, bis der Wächmeister seinen letzten Besuch abgestattet und sich mit einem herablassenden „gute Nacht, meine Herren“, nach seinem Stammische verabschiedete.

Frank unternahm eine Musterung der disponiblen Mannschaften und wurde dabei zu seinem Erschaunen gewahrt, daß der „Normalmensch“ noch immer im Schlafrock und in Pantoffeln verblieb.

„Wollen Sie denn nicht mit uns ausziehen, Herr Mensch?“ fragte er.

Dieser antwortete mit einem stummen Kopfschütteln.

„Nicht? also wirklich nicht? Nun, dann bleibt mir nichts übrig, als Ihnen bis auf Weiteres die Vertretung der Gesellschaft zu übertragen und Ihnen angenehme Gesellschaft zu wünschen. Sie wollen so freundlich sein, im „Familienzimmer“ bis um 10 Uhr Licht brennen zu lassen, damit bei etwaiger Beobachtung keine verdächtigen Zeichen Argwohn erregen. Nicht wahr, das werden Sie thun?“ (Fortf. f.)

Wir finden, daß diese vortrefflichen Ausführungen auch in eine Anzahl von Blättern übergegangen sind, welche der Sozialdemokratie grundsätzlich entgegenstehen. Es wird hierdurch die alte Wahrnehmung von Neuem bestätigt, daß unsere Gegner die theoretischen Konsequenzen unserer Lehre anzuerkennen genötigt sind, so sehr sie auch gegen die praktische Konsequenzen sich sträuben mögen.

Wer die Richtigkeit der Ditt'schen Ausführungen zugiebt, muß logischerweise die Nothwendigkeit einer sozialistischen Gesellschaftsorganisation zugeben, denn es liegt auf der Hand, daß, wenn eine mangelhafte Gesellschaftsorganisation die Ursache der Verbrechen ist, in einer vernünftigen und gerechten Gesellschaftsorganisation die Verbrechen aufhören müssen.

Der industrielle Großbetrieb ist nach jeder Richtung hin ein Fortschritt gegenüber dem Kleinbetrieb; er ist nicht bloß produktiver, er bietet auch dem Arbeiter besseren Schutz für Gesundheit und Leben. Wir sehen dies in der Statistik über die Wirkungen des Unfallversicherungs-Gesetzes. Dem soeben der sächsischen Kammer vorgelegten Dekret das Umlageverfahren bei der land- und forstwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft für das Königreich Sachsen betreffend, ist zu entnehmen, daß der Prozentsatz der Unfälle in den kleinen Betrieben am höchsten ist. Wir lesen da:

Während im Durchschnitt aus 2863 Unfällen innerhalb der 3 Jahre (1889, 1890 und 1891) gegenüber 34 831 395 Einheiten sich auf 12 166 Einheiten ein Unfall berechnet, sind aus den 124 152 Kleinbetrieben mit 3 208 441 Einheiten 385 Unfälle zu verzeichnen gewesen, so daß also bereits auf 8334 Einheiten ein Unfall entfällt. In den 55 869 Mittelbetrieben mit 19 659 667 Steuereinheiten sind 1546 Unfälle vorgekommen, und entfällt also ein Unfall auf 12 716 Einheiten. In den 8828 Großbetrieben mit 11 963 807 Einheiten haben sich 932 Unfälle ereignet, es entfällt somit ein Unfall auf 12 836 Einheiten.

Unter Kleinbetrieben sind die mit 100 beitragspflichtigen Einheiten verstanden; unter Mittelbetrieben die mit 100 bis 1200, und unter Großbetrieben die mit mehr als 1200 Einheiten.

Je größer der Betrieb, desto größer der Schutz gegen Unfallgefahr sogar in der heutigen kapitalistischen Gesellschaft der Ausbeutung. In dem sozialistischen Großbetrieb, der weit größer ist als der kapitalistische Großbetrieb, weil er die Gesamtheit der Produktion umfaßt, und in welchem das Prinzip der Ausbeutung nicht mehr herrscht, sondern das Wohl der Arbeiter und der Gesamtheit maßgebend ist, wird die Unfallgefahr bis auf ein Minimum verschwinden.

Daß der Unteroffizier als Stellvertreter Gottes vom untergebenen Soldaten anzusehen sei, hat im Zentrum selbst Aufschluß erregt, und Herr Dingens sucht durch allerlei Sophismen seinen Anspruch als nicht auf den Unteroffizier bezüglich hinzustellen. Er will ihn nur allgemein auf den Gehorsam gegen die Obrigkeit angewendet wissen. Das Zentrum hat diesen Gehorsam nicht gepredigt zu der Zeit, als ihm der Kallmann offiziell an die Rockschöße gehängt wurde, der ihm noch nicht abgehängt ist. Um aber die Anschauung des Herrn Dingens und das Zentrum gegen jede fernere Mißdeutung sicher zu stellen, so möchten wir sie hier fest bestimmen. Entweder die Obrigkeit befiehlt, was das Zentrum will, dann ist sie unbedingt Stellvertreterin Gottes, der Jedermann Gehorsam schuldet, oder die Obrigkeit verordnet, was das Zentrum nicht will, dann muß man Gott (d. h. dem Willen des Zentrums) mehr gehorchen als den Menschen (d. h. der Obrigkeit). Das ist übrigens nicht bloß die Logik des Zentrums, sondern auch die allgemeine Pfaffenlogik, sowie überhaupt die der herrschenden Klassen. „Und der König absolut, wenn er unseren Willen thut“, denken nicht bloß die altpreussischen Junker.

Gegen den Volksschul-Gesetzentwurf haben die freireligiösen Gemeinden in Preußen eine Petition an das Abgeordnetenhaus gerichtet. In derselben wird ausgeführt:

Nach dem Sinne des Gesetzentwurfes und insbesondere nach § 17 Abschn. 2 desselben dürfen Kinder, deren Eltern einer anerkannten Religionsgesellschaft angehören, niemals zur Teilnahme an dem Religionsunterrichte einer anderen Konfession genötigt werden. Dagegen wird es nach dem vierten Abschnitt desselben § 17 als Regel hingestellt, daß solche Kinder, welche einer vom Staate nicht anerkannten Religionsgesellschaft angehören, an dem Religionsunterrichte der Schule teilnehmen, wofür sie nicht vom Regierungspräsidenten hiervon befreit werden. — Was diese Einschränkung in unserem Staate zu bedeuten habe, bedarf keines weiteren Nachweises.

Selbst die nach § 17 Abschnitt 4 in Aussicht genommene, gesetzliche Befreiung vom konfessionellen Religionsunterrichte wird noch von der Bedingung abhängig gemacht, daß der Nachweis erbracht werde, daß den Kindern in der ihrem Bekenntnisse entsprechenden Form und durch einen nach der Lehre ihres Bekenntnisses vorgebildeten, auch im Uebrigen (7) befähigten Lehrer Religionsunterricht erteilt werde.

Ob der Lehrer alle die vorhin genannten Eigenschaften besitze, darüber hat nun aber der Regierungspräsident zu entscheiden, sobald schließlich die Befreiung eines Dissidentenkindes von dem konfessionellen Religionsunterrichte ganz und gar in das Belieben eines Beamten gegeben wird, der nach seiner politischen Stellung dem freisinnigen Dissidententum abgeneigt sein muß.

Wir fühlen uns deshalb durch den in Rede stehenden Gesetzentwurf in unserer Gewissensfreiheit bedroht, und da wir überdies der Ansicht sind, daß das verschiedene Herausheben des Konfessionalismus in dem Entwurfe — falls dieses Gesetz würde — nur dazu beitragen könnte, die Volksschule noch mehr, als dies heute bereits der Fall ist, an die Kirche anzuknüpfen und den kirchlichen Zwiespalt in der Bevölkerung zu schärfen, so bitten wir das Hohe Haus der Abgeordneten, dem Gesetzentwurfe seine Zustimmung zu versagen.

Gegen die Zektirerei sollen jetzt auch Maßregeln ergriffen werden. Die „Kreuzzeitung“ schreibt:

In Königsberg werden am 18. d. M. die Superintenden der Provinz Ostpreußen sich versammeln, um unter dem Vorhabe des Präsidenten des Evangelischen Oberkirchenrathes, Wirklichen Geheimen Rathes Dr. Barkhausen, über Maßregeln gegen das Sektenwesen zu beraten. In jener Provinz nimmt die Zektirerei in ungewöhnlichem Maße überhand; schon seit Jahren hat man sich in den besagten Kreisen mit dieser Angelegenheit beschäftigt. Jetzt soll ernstlich vorgegangen werden.

Wenn erst das Volksschul-Gesetz unter Dach und Fach sein wird, dann werden die Ultramontanen nicht verschelen,

das Vorgehen gegen die protestantischen Sekten zu geisteln, denn für sie ist ja die ganze protestantische Kirche nichts weiter als eine Sekte.

Todte Hand nennt man dem lebendigen Verkehr entzogenes Eigentum, welches für die Kirche und kirchliche Stiftungen (Klöster u. s. w.) festgelegt ist. Der Betrag solcher „todten“ Eigentums ist in verschiedenen Ländern ein ungeheurer. Für Böhmen finden wir in einem böhmischen Blatt, der „Reichenberger Zeitung“ vom 6. Februar, folgende Angaben:

Von der gesammten Fläche Böhmens im Ausmaße von 5 197 025 Hektar (9 027 231 Joch) gehören demal nicht weniger als 102 815 Hektar (177 834 Joch) oder 1,97 pCt. der todtten Hand, der katastral-Reinertrag beträgt 868 066 Gulden oder 1,77 pCt. vom gesammten katastral-ertrage Böhmens (50 828 060 Gulden). Der größte Antheil von dieser Fläche entfällt auf das Erzbisthum Prag 41 467 Joch (24,5 pCt.) auf den Orden der Prämonstratenser 38 358 Joch (21,7 pCt.), auf das Metropolitan-Domkapitel Prag 21 156 Joch (11,7 pCt.), auf den Orden der Benediktiner 17 978 Joch (10,8 pCt.), der Cistercienser 15 095 Joch (8,4 pCt.), der Malthefer 13 119 Joch (7,4 pCt.) und der Kreuzherrn 9465 Joch (5,8 pCt.), der Rest von 11 295 Joch (oder 11,62 pCt.) auf den Orden der Augustiner, Dominikaner, Klarissen, die Bisthümer von Königgrätz und Leitmeritz, auf die Kapitel in Prag, Königgrätz, Altunzlau und Bistheim, auf die Domprobsteien in Krumm- und Bistheim, auf den Religionsfonds, auf den Fonds der Kirchen und des erzbischöflichen Alumnats zu Prag. Von Industriellen gehören: 1 Zuckerfabrik (Gorometz), 51 Brauereien (7 pCt. der gesammten Brauereien Böhmens), 13 Spiritusbrennereien, 17 Mahlmühlen, 13 Brettsägen und 45 Ziegeleien den geistlichen Orden, dem Klerus und den Kirchengütern. Die gesammte Grundsteuer dieser Besitzungen beträgt 191 172 fl. Der Werth der Grundstücke beträgt approximativ (annähernd) 52 057 950 fl., der Werth der Industriellen 28 480 000 fl., der Werth der anderen Oekonomiegebäude, 68 Oekonomiegeschlösser, 237 Meiereien und 147 Höfereien 10 500 000 fl., des Fundus instructus (Unterrichtsfonds) 8 000 000 fl., der Ordensklöster und der Wohnhäuser 20 000 000 fl., der Stiftungskapitalien 24 000 000 fl. Außerdem bestehen in Böhmen 3448 Pfarreien, Dekanate und Pöskalien mit ansehnlichen Oekonomie, deren Werth approximativ 120 000 000 fl. beträgt. Man kann daher den Werth der unbeweglichen Güter der todtten Hand ohne Uebertreibung auf rund 300 000 000 fl. angeben. Die Gesamtzahl des Klerus in Böhmen beträgt nach dem neuesten catalogus cleri 3650 Personen; es entfällt daher in Böhmen auf eine Person geistlichen Standes ein unbewegliches Vermögen von mehr als 80 000 fl., während in Böhmen die 5 843 250 Bewohner — wenn man dies gesammte unbewegliche Vermögen mit 3 500 000 000 fl. taxirt — auf einen Bewohner nur 600 fl. entfallen.

Soweit das böhmische Blatt.

Die Zahlen sprechen für sich selbst. Wie viel Gutes könnte geschaffen werden, wenn dieses kolossale Eigentum der todtten Hand, das für die Allgemeinheit so gut wie verloren ist, gemeinnützig verwandt würde!

Angeht diese Zahlen begreift man aber auch die Unzufriedenheit, welche in Böhmen herrscht. Vor 400 Jahren war das böhmische Volk hussitisch, es neigte sich später dem Protestantismus zu, und erst durch den 30jährigen Krieg und die Inquisition wurde es mit Feuer und Schwert wieder gewaltsam unter das Joch der katholischen Kirche gebracht. Die Erinnerung an jene Zeiten ist in dem böhmischen Volk nicht erloschen — es erblickt noch heute in dem katholischen Klerus einen Feind, und sieht in den Millionen der todtten Hand sein — des böhmischen Volks — recht mächtiges Eigentum.

Daare im Ausland. Es wird immer schöner, schreibt die „Westfälische Volkszeitung“:

Jetzt scheinen auch in dem verachteten Savona Stempel-fälschungen entdeckt worden zu sein. Wenigstens wird von gewöhnlich gut unterrichteter Seite folgende Nachricht verbreitet:

Mailand, 7. Februar. Es ist bekannt, daß vor einigen Tagen auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft die Stahlwerke in Savona polizeilich besetzt worden sind und dort eine Haus-suchung stattgefunden hat. Ueber die Gründe dieses vom Justizminister angeordneten Vorgehens wird folgendes gemeldet: Seitens der Terni-Gesellschaft soll bei dem Justizminister Anzeige gemacht worden sein, daß auf dem Savona-werke, ähnlich wie in Bochum, Falschtempel angefertigt und gebraucht worden seien. Das dem Justizminister gleichzeitig unterbreitete Beweismaterial soll angeblich so überwältigend gewesen sein, daß derselbe sofort die obenerwähnten strengen Maßregeln anordnete. Man erwartet die Erhebung der Anklage gegen verschiedene an der Angelegenheit Mitbeteiligte und schwebt bereits eine Untersuchung nach anderer Richtung, da sich in der Buchführung Unregelmäßigkeiten ergeben haben sollen.

Die Nachricht ist nicht unwahrscheinlich; denn an der Spitze des Sieneser-Bolschewismus in Savona steht der Obermeister Wilhelm Rosendahl, früher in Bochum, ein wahrer Virtuos im Gebrauche falscher Stempel und mit den Feinheiten des Sieneser-Bolschewismus vollständig vertraut. Jetzt versteht man auch, warum die Staatsanwaltschaft damals Savona polizeilich besetzt und die einzelnen Beamten körperlich untersucht hat. Unklar ist uns nur, was die Terni-Gesellschaft bezogen haben mag, die Strafanzeige zu erstatten. Sollte Herr Berns Daare, der zum Abschlusse der Verkaufsverhandlungen nach Savona geschickt werden war, durch seine hochfahrende Art die Terni-Gesellschaft, welche sehr triftige Gründe gehabt haben mag, von den Verkaufsverhandlungen zurückzutreten, beleidigt und so zu diesem Schritte veranlaßt haben? Die nächsten Tage werden hierüber wohl Klarheit bringen. So viel ist aber heute schon sicher, daß es dieses jüngsten Zwischen-falles nur noch bedurft hat, um Herrn Daare nebst Anhang vollständig fertig zu machen.

Belgien. Für das Institut der Monarchie in Belgien ist das reaktionäre, wankelmüthige, durch und durch unehrliche Verhalten der Regierung in Sachen des allgemeinen Stimmrechts jedenfalls sehr nachtheilig. Das Königthum besteht dort erst seit Anfang der dreißiger Jahre, und es ist — gleich dem französischen Bürgerkönigthum — das Produkt einer Revolution. Mit „göttlichem Recht“ und „Recht von Gottes Gnaden“ kann man den Belgiern nicht kommen, die nach der Julirevolution ihren König von Gottesgnaden fortjagten und einen König von Revolutionsgnaden einsetzten. Daß eine solche Monarchie doppelte Ursache hat, sich im Einklang mit den Volksmassen zu halten und ihre Volksthümlichkeit zu bewahren, das liegt auf der Hand. In der gegenwärtigen Krise hat aber die Krone sich auf Seiten der reaktionären Parteien gestellt, und die natürliche Folge ist die, daß die Bewegung zu Gunsten des allgemeinen Stimmrechts mehr und mehr ihre Spitze gegen die Monarchie zu richten beginnt. Die republikanische Strömung wird stärker und stärker, und die Monarchie sucht in dem Bewußtsein ihrer Schwäche mehr und mehr eine Stütze an dem deutschen Kaiserreich — erreicht dadurch aber bloß, daß sie nur noch unpopulärer wird.

Die Brüsseler Sozialisten haben sich durch das Verbot der Versammlungen unter freiem Himmel in ihrer Agitation nicht beirren lassen. Das Verbot gilt nur für die Stadtgemeinde und so halten sie jetzt ihre Versammlungen in den Vorstädten ab, die selbständige Gemeinden bilden und wo die Arbeiter vorherzischen. So war der Akt des Bürgermeisters von Brüssel ein Schlag ins Wasser. — Das Bündniß der Sozialisten mit den radikalen Bourgeois hat sich jetzt gut bewährt. Auf beiden Seiten täuscht man sich nicht über die prinzipiellen Gegensätze hinweg, und mit rüchhaltiger Offenheit wird, wo immer beide Parteien zusammenwirken, von den Rednern hervorgehoben, daß das Bündniß nur bis zu dem Tage reicht, wo das allgemeine Wahlrecht erkämpft ist, und daß dann sofort jede der beiden Parteien wieder selbständig ihre eigenen Wege zu gehen hat. Ohne solche Offenheit würde das Bündniß allerdings verwirrend und forumpirend wirken.

Die Lage in Spanien gestaltet sich von Tag zu Tag ernster. Zwischen den Ausbrüchen der Unzufriedenheit an verschiedenen Orten besteht unzweifelhaft ein Zusammenhang, wenn auch wohl schwerlich ein gemeinsamer Plan vorliegt. Der bedenklichste Umstand ist, daß diese Ausbrüche sowohl unter der ländlichen wie unter der städtischen Bevölkerung stattgefunden haben und stattfinden — ein Beweis dafür, daß die Gährung eine allgemeine ist. Daß die Regierung sich für gefährdet hält, geht aus den Einschickungen in Kere hervor. Es ist dies eine Maßregel, welche bei der Eigentümlichkeit des spanischen Volkscharakters voraussichtlich die schwersten Folgen nach sich ziehen wird, und zu der die Regierung sich sicherlich nicht entschlossen hätte, wenn sie nicht auf eine größere Erhebung gefaßt wäre. Hat in Spanien einmal das gegenseitige Erschießen angefangen, dann weiß man nie, wann es aufhören und wann der letzte Schuß fallen wird. Es fragt sich nun, ob die zahlreichen Gegner der Regierung und der Monarchie die Gelegenheit benützen wollen — oder ob nicht vielleicht gerade der proletarische — wohl gemerkt nicht sozialistische — Charakter der gegenwärtigen Bewegung die bürgerlichen Gegner der Regierung entschlossen macht und zur Annäherung, wo nicht zum Anschlusse an dieselbe drängt. Es ist dies ein Moment, mit dem gerechnet werden muß. Angesichts einer proletarischen Bewegung pflegt der bürgerliche Radikalismus und Republikanismus in die Brüche zu gehen.

Der sogenannte chilenisch-amerikanische Konflikt dürfte ausnahmsweise einmal für den stärkeren Theil unangenehme Folgen haben. In den Vereinigten Staaten wird nämlich, seit jener „Konflikt“ gütlich beigelegt worden ist, von einem Theil der Presse mit einer auf Methode schließenden Beharrlichkeit, für eine Verstärkung der amerikanischen Kriegsslotte und für umfangreiche Küstenbesetzungen und Neklame gemacht. Die Regierung der Vereinigten Staaten, so wird zur Begründung gesagt, hätte, wenn es wirklich zum Krieg gekommen wäre, der chilenischen Flotte keine ihr gleiche, geschweige denn überlegene Seemacht entgegen zu stellen vermocht, wohl aber hätte es, bei der mangelhaften Küstenbesetzung der Vereinigten Staaten, in der Macht der Chilenen gestanden, die amerikanischen See- und Hafenstädte nach Belieben zu bombardiren. Dies ist dem Buchstaben nach richtig. Die chilenische Flotte war, als der „Konflikt“ ausbrach, stärker als die amerikanische und sie hätte ein paar amerikanische Seestädte beschießen können. Das ist gewiß — ebenso gewiß, als daß eine Bande von Verbrechern den Präsidenten und sämtliche Beamten der amerikanischen Republik hätte ermorden können. Allein welchen vernünftigen Sinn konnte ein Angriff des kleinen Chili auf die atlantische Tiefenrepublik haben? Einige Wochen lang hätte die chilenische Flotte den Amerikanern großen Schaden zugefügt, dann aber, sobald die Vereinigten Staaten Zeit gehabt, ihre Uebermacht zu entfalten, wäre der Spieß umgedreht und das kleine Chili vollständig erdrückt worden. In Chili hat deshalb auch kein Mensch an einen Angriff auf die Vereinigten Staaten gedacht. Der „Konflikt“ ist von korrupten amerikanischen Politikern zu Wohlweden künstlich gemacht worden, und der gegenwärtige Küstungsklammer rührt unzweifelhaft von denselben korrupten Politikern her, die ein Interesse daran haben, daß dem Volk der Vereinigten Staaten etliche Tugend oder gar Hundert Millionen für Kriegsschiffe und Küstenbesetzungen abgenommen werden.

Es ist das nicht der erste Versuch, die Vereinigten Staaten mit den Segnungen des europäischen Militarismus zu beglücken. Hoffentlich schlägt der Versuch auch diesmal fehl. Die Vereinigten Staaten sind so stark, daß kein Feind ihnen gefährlich werden kann, und wenn sie nicht frivol Konflikte heraufbeschwören, werden sie keinen Feind haben.

Literarisches.

Die letzte Nummer der „Berliner Volks-Tribüne“ enthält folgende Artikel: Aus der Woche. — Das Saisongeschäft. — Christenthum und Sozialdemokratie. — Federzeichnungen. — Deutscher Reichstag. — Vom Schlachtfeld. — Verschiedenes. — Gedicht. — Novelle. — Das Recht auf Nahrung in der Thierwelt. — Freie Volksbühne. — Der verunglückte Reichspomp. — Die Gebahrung der österreichischen Arbeiter-Unfallversicherungs-Anstalten im Jahre 1890. — Von der Bewegung. — Gewerkschaftliches u.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, J. S. W. Dieck' Verlag) ist soeben das 20. Heft des 10. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Das Volk in Waffen. — Gerhart Hauptmann. Von Gustav Landauer. — Das Wahlrecht der Frauen im Auslande. — Die ökonomische Lage der andalusischen Bauern. — Literarische Rundschau. — Feuilleton: Die Festung-Legende. Eine Retung von Franz Mehring. (Fortsetzung.)

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, J. S. W. Dieck' Verlag) ist soeben die Nr. 3 des 2. Jahrgangs zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Die alte Geschichte vom Splittler und Balken. — Wirtschaftliche Abhängigkeit und sittliche Widerstandskraft. — Jella Delsmann. — Arbeiterinnen-Bewegung. — Kleine Nachrichten. Feuilleton: Weihnachten, Erzählung von Minna Kantisch (Fortsetzung.)

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen (eintretend in der Reichs-Post-Zeitungliste für 1892 unter Nr. 2564a) beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Bestellgeld 55 Pf.; unter Kreuzband 85 Pf.

Inseratpreis die zweispaltige Petitzeile 20 Pf.

Theater.

Sonnabend, den 13. Februar.
Spernhaus. Tristan und Isolde.
Schauspielhaus. Der zerbrochene Krug. — Der eingebildete Kranke.
Deutsches Theater. Kollege Crampton.
Leistung-Theater. Die Großstadtluft.
Berliner Theater. Schlimme Saat.
Residenz-Theater. Muffotte. Verber: Modebazar. Violet.
Wallner-Theater. Der Varenführer. Ein berühmter Mitbürger.
Friedrich-Wilhelmstädt. Theater. Das Sonntagskind.
Thomas-Theater. Reif-Reiflingen.
Schalliantheater. Der Rothhelfer.
Wend-Theater. Cavalleria rusticana. (Syllianische Bauern-Ghre).
Adolph Ernst - Theater. Der Langtanzel.
Alexanderplatz-Theater. Berliner Pfister.
Festpalast. Spezialitäten-Vorstellung.
Erbrüder Richter's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.
Theater der Reichshallen. Spezialitäten-Vorstellung.
Winter-Garten. Spezialitäten-Vorstellung.
Hausmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.
Konkordia-Palast-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
American-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.

Gratweil'sche Bierhallen.
 Kommandantenstr. 77-79.
 Heute sowie täglich:
 Auftreten der
Hamburger Gaudebrüder
 Konzert- und Kourpelfänger.
 Anfang Wochenabends 7 1/2 Uhr, Sonntags
 6 Uhr. Entree: Wochentags 10 Pf.,
 Sonntags 25 Pf.
 Empfehle meinen berühmten Mittags-
 tisch à la Duval. 3 Regelbahnen
 & Billards, 2 Sals. 1160L.

Stabljement Buggenhagen
 am Moritzplatz.
 Täglich:
Unterhaltungs-Musik.
 Direktion A. Hödmann.
 Dienstag und Freitag: Walzer-Abend.
 Großer Frühstücks- und Mittagstisch.
 Spezial-Küchen von Wagnerscher
 Export-Bier, Seidel 15 Pf.
 641 F. Müller.

Castan's Panopticum
 Friedrichstr. 165a, Ecke Behrenstr.
Neu:
 Die fliegende
Geigen-Fee.
 Lebend, ohne Extra-Entree. Neueste
 musikalische Illusion. Vorstellungen:
 12 Uhr u. 1 Uhr. — 4, 5, 6, 7, 8 und
 9 Uhr Nachmittags.
 Kolossal-Gruppe: Bauern-Aufstand!
 Entree 50 Pf. Kinder 25 Pf.
 Gedöffnet von 9 Uhr früh bis 10 Uhr Ab.

Passage-Panopticum.
 Lebendgroße
 Wachfiguren und
 Gruppen, Diorama,
 Sündfluth - Panorama
 mit Gewitter.
 Im Theater-Saal (ohne
 Extra-Entree): Täglich
 v. 8 Uhr ab Vorstellung
 von Spezial. I. Rang.
 Entree 50 Pf.

Viel neue Spezialitäten.
La belle Irene,
 die tätowirte Amerikanerin in
**Präuscher's anatomischem
 Museum**
 zur noch kurze Zeit Kommandantenstr.
 Täglich für erwachsene Herren.
 Dienstag und
 Freitag für **Damen.**

Verzinszimmer bis 50 Personen f.
 bei Fürstenuan, Mantelstr. 53, Ecke
 Schöne Regelfabrik, 25 Meter lang,
 Reuhofstraße 8.
 Saal ist noch einige Sonntage zu ver-
 geben. Wionocks, Alte Jakobstr. 83.
 Verzinszimmer, 15 u. 50 Pers.
 fast zu vergeb. Glitz, Simeonstr. 23.

Restaurant
 gutes Geschäft, große Räume, Verzins-
 zimmer, Pianino, Sommerhalle, billig
 sofort zu verkaufen. Vorzähl. für Ge-
 nossen. Offerten unter L. 20 an die
 Expedition d. Bl. 1414b

Destillation,
 alles Geschäft, zu verkaufen, billigst.
 Näheres Köpplerstr. 47, im Laden.

Möbl. Schlafstelle für 2-3 Herren
 Fürstenuan, v. vorn 2 Tr. rechts. 116789

Maschinenmeister, erste Kraft, verf.
 Sandberg, Chausseestr. 2a. 68/8

Goldleisten-Belegerinnen verlangt
 Gutthart, Reichenbergerstr. 154. 1405b

Circus Renz.

Pariskräfte.
 Sonnabend, den 13. Februar,
 Abends 7 1/2 Uhr:
Gala-Vorstellung zum Benefiz für
 die Geschwister Oceana u. Ernst Renz.
 Zum ersten Male: Fahrschule, ger.
 von der Benefiziantin Frau O. Oceana
 Renz mit 2 Vollblutpferden. Zum
 1. Male: Vorführung zweier Blumen-
 pferde (Vollblut-Araber) durch die
 Benefiziantin Frau O. Oceana Renz.
 Coriolan, geritten von der Benefizian-
 tin Frau O. Oceana Renz. Kande-
 lader, geritten von dem Benefizianten
 Herrn Ernst Renz. Sisters Lawronce
 am Sieg. Trapez. Gebr. Briatore,
 3 Akrobaten. Auftreten der besten
 Reitkünstlerinnen und Reitkünstler. Ro-
 mische Entrees und Intermezzi von
 sämtl. Klowns zc. 3. Schluss d. Vorst.:
„Auf Helgoland“
 oder: Ebbe und Fluth.
 Große hydrologische Ausstattungs-
 Pantomime in 2 Abtheilungen mit
 National-Tänzen (60 Damen). Auf-
 gaben. Neue Einlage: Die Garde-
 Infanterie und Planen. Dampf-
 schiff und Bootfahrten, Wasserfällen,
 Riesenfontänen mit allerlei Lichteffekten
 u. s. w., arrangirt und inszenirt vom
 Direktor E. Renz.
**Morgen, Sonntag, Zwei Vor-
 stellungen.** Nachmittags 4 Uhr (1 Kind
 frei). Mazoppas Verbannung, gr. histo-
 rische Pantomime von 150 Kindern
 mit Ballet (Polnischer Nationaltanz
 vom ges. Corps de Ballet). Abends
 7 1/2 Uhr: Auf Helgoland.
 E. Renz, Direktor.

Circus G. Schumann.

Friedrich-Karl-Meer, Ecke Pariskr.
 Heute Abend 7 1/2 Uhr: Große
Gala-Sport - Vorstellung mit vor-
 züglichem gewähltem Programm. Non
 plus ultra!! Grosser Erfolg!! Auf-
 treten des berühmten, anerkannt
 besten **Schulreiters der Gegen-
 wart** **Mr. James Willis**
 mit seinem Schulpferde **Germinal**.
 Außerdem Auftreten der vorzüglichsten
 Reitkünstlerinnen und Reitkünstler.
 Reiten und Vorführen der bestbesetzten
 Schul- und Freizeitspferde. Romische
 Entrees sämtlicher Klowns.
 Auf vielseitigen Wunsch:
„Berliner Leben.“
**Große Wasser- und Feuer-Panto-
 mime** in 2 Abtheilungen mit 9 Bildern.
 Neues Schlussbild: „Berolina im
 Feuer.“
 Sonntag 2 Vorstellungen: Nachm.
 3 1/2 Uhr (1 Kind frei), Circus unter
 Wasser. Eine ländliche Hochzeit. Ab.
 7 1/2 Uhr: Zum letzten Male: Berliner
 Leben. Auftreten des berühmten Schul-
 Reiters **Mr. James Willis**.

C. Kramer's Restaurant
 Rixdorf, Herrmannstraße 140,
 neben den Kirchhöfen,
früher Hasenhaide.
 Empf. sich allen Kirchhofbesuch.

Vereinsabzeichen Stempel u. Gra-
 virung, empf. d.
 Genossen G. Kleist, Waldemarstr. 48

Berlag des „Vorwärts“
 Berliner Volksblatt
 Berlin SW., Beuthstrasse No. 2.

Wir halten ständig auf Lager:
Robert Seidel's
sozialpädagogische Schriften:
Der Arbeits - Unterricht
 eine pädagogische und soziale Nothwendigkeit, zugleich eine Kritik
 der gegen ihn erhobenen Einwände.
 VIII und 120 Seiten. Preis brosch. 2.- M.

Friedrich der Grosse
 „Der Heros der deutschen Volksbildung“ und die
 Volksschule.
 116 Seiten. Preis brosch. 1,50 M.

Sozialpädagogische Streiflichter
 über
Frankreich und Deutschland.
 Zugleich Bericht über den I. internationalen Lehrertongress
 zu Havre 1885.
 2. Auflage. 125 Seiten. Preis 2 M.

Der Achtstundentag
 vom Standpunkte der Sozialökonomie, der Hygiene,
 der Moral und Demokratie.
 Rede an der Feier des 1. Mai 1890 auf dem Tonhallenplatz
 in Jülich.
 7. Auflage. 16 Seiten. Preis 10 Pf.

Die Lebensmittelzölle und die Sozialreform.
 Rede in der Protestversammlung in Jülich vom 27. Juli 1890.
 5. Auflage. 16 Seiten. Preis 10 Pf.
Wiederverkäufer erhalten Rabatt.
 Bestellungen von Auswärts bitten wir den Betrag
 (Porto extra) beizufügen.

Freie Volksbühne.

II. Abtheilung (grüne Karten).
 Fünftes Vorstellung im zweiten Vereinsjahr morgen, Sonntag,
 Nachm. 2 Uhr, im **Belle-Alliance-Theater.**
 Aufgeführt wird:
Eisgang.
 Modernes Schauspiel in 4 Akten von Max Halbe.
 Das Theater wird um 1 Uhr geöffnet und 10 Minuten nach
 2 Uhr geschlossen.
 Am Sonntag, den 6. März, dieselbe Vorstellung für die III. Abthoil.
 (braune Karten).
 Die Mitglieder, auch der III. Abtheilung, werden gebeten,
 den Monatsbeitrag naturgemäß bis spätestens am 15. jeden
 Monats zu entrichten.
 1416b **Der Vorstand.**

Fachv. der Stellmacher Berlins und Umgeg.
Versammlung
 am Sonntag, den 14. d. M., Vormittags 10 Uhr, im
 Lokale des Herrn Keller, Bergmannstraße 68.
 Tages-Ordnung:

1. Berichterstattung über die Unterstützung arbeitsloser Kollegen.
 2. Unser Fachorgan. 3. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes.
 Diejenigen Mitglieder, welche mit ihren Beiträgen im Rückstande sind,
 werden ersucht, dieselben zu entrichten, widrigenfalls dieselben in der Ver-
 sammlung bekannt gemacht werden.
 1400b **Der Vorstand.**

Fachv. der Musikinstrumenten-Arbeiter.

Montag, den 15. Februar:
Vereins-Versammlung
 in Deigmüller's Saal, Alte Jakobstr. 48a.
 Tages-Ordnung: 1. Die Ligen des Jahrhunderts. Referent Dr. Pinn.
 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes.
Sonnabend, den 13. Februar:
Großer Wiener Maskenball
 im „Feen-Palast“, Burg- und St. Wolfgangstraßen-Ecke.
 Um 12 Uhr: Großer Festzug.
„Der Triumph der Arbeit.“
 Billets à 50 Pf. sind zu haben bei den Kollegen Lukas, Brangel-
 straße 32, 3 Tr., und Westermann, Kaufherrstraße 3, 1 Tr.
 485/11 **Der Vorstand.**

Achtung! Filzschuh-Arbeiter. Achtung!

Oeffentliche Versammlung
 für sämtliche
 in der Filzschuhbranche beschäft. Arbeiter u. Arbeiterinnen
 am Montag, den 15. Februar, bei Feind, Weinstraße 11.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag über Sozialismus und Anarchismus. 54/6
 2. Diskussion.
 3. Jahresbericht der Agitationskommission.
 4. Neuwahl der Agitationskommission.
 5. Verschiedenes.
 Zur Deckung der Unkosten findet Zellerfassung statt.
Der Einberufer.

Verband der Bergolder, Goldleistenarbeiter und Berufsgenossen Deutschlands.

Monatsversammlung
 am Montag, den 15. Februar, Abends 8 Uhr
 bei Scheffer, Inselstraße 10.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Genossen Lh. Mehnert, über: Zentral- und Lokal-
 organisation. 327/3
 2. Diskussion.
 3. Wahl des ersten Verbands-Vorsitzenden und des Filial-Kassiers.
 4. Aufnahme neuer Mitglieder.
 5. Abrechnung von der Ratine.

Die Ortsverwaltung.
 Die Mitglieder werden ersucht, die Bücher aus der Bibliothek jeden
 Monat zu wechseln. Folgende Herren werden besonders aufgefordert, die
 Bücher bis spätestens Montag, den 15. d. M., abzuliefern: **Glenkner,
 Scholz, Gräber, Albrecht.**
 Die Vertrauensleute werden ersucht, mit den Billets vom Stiftungsfest
 abzurechnen. D. D.

Arbeiter-Bildungsschule (Süd-Ost-Bezirk).

Sonntag, den 14. Februar, Abends 6 Uhr:
Gr. Versammlung
 in den „Arminhallen, Kommandanten-Strasse Nr. 20.
 481/7 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Herrn Dr. Borchwardt über: „Die Bildung der Ar-
 beiter.“ 2. Diskussion. — Nachher geselliges Beisammensein und Tanz.

Achtung! Stuckatentre!

Große öffentliche Versammlung
 am Dienstag, den 16. Februar, Abds. 7 1/2 Uhr, im Saale
 des Herrn Deigmüller, Alte Jakobstr. 48a.
 Tages-Ordnung:
 1. Abrechnung vom Unterstützungsfonds. 2. Neuwahl eines Vertrauens-
 mannes. 3. Stellungnahme zu dem Gewerkschaftstongress zu Halberstadt.
 4. Verschiedenes. 393/11
 NB. Die Kollegen werden ersucht, zahlreich zu erscheinen und die
 statistischen Bücher und Fragebogen abzugeben.
Die Vertrauensleute.

Freie Vereinigung aller in der chirurg. Branche besch. Arbeiter.

Grosse Versammlung
 am Dienstag, den 16. Februar 1892, Abends 8 1/2 Uhr,
 in Seefeldt's Salon, Grenadierstraße Nr. 33.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Herrn **Eduard Mehnert** über: „Sozialismus und
 Anarchismus.“ 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten.
 NB. Das Stiftungsfest findet am Sonnabend, den 5. März, in der
 Berliner Ressource, Kommandantenstraße 57, statt. Die Festrede hält der
 Reichstags-Abgeordnete Herr Wilhelm Mehnert. Billets sind in der Ver-
 sammlung zu haben. 132/1

Verband der in Holzbearbeitungs-
 Fabriken und auf Holzplätzen
 beschäftigten Arbeiter Deutschl.
 (Ortsverwaltung Berlin II Nord).

Versammlung
 am Dienstag, den 16. Februar,
 Abends 8 1/2 Uhr,
 im Lokale des Herrn **Rehlitz,**
 Bergstr. 12.
 Tagesordnung: 1. Vortrag des Hrn.
Rehnitz über: „Freie Wissenschaft und
 freies Denken.“ 2. Verschiedenes und
 Fragekasten. — Um recht zahlreiches
 Erscheinen ersucht
 166/12 **Der Vorstand.**

Achtung, Ladierer!

Oeffentliche Versammlung
 am Sonntag, den 14. Februar d. J.,
 Vorm. Punkt 10 1/2 Uhr,
 bei **Böllig,** Neue Friedrichstraße 44.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag über Gewerbe-Schieds-
 gerichte. Referent Stadtverordneter
Julius Henke. 2. Bericht der Dele-
 girten vom Kongress. 3. Verschiedenes.
 Um recht zahlreiches und pünktliches
 Erscheinen ersucht
 203/13 **Der Vertrauensmann.**

**Bereinigung der Drechsler
 und Berufsgen. Deutschlands**
 Ortsverwaltung Berlin.

Versammlung
 am Montag, den 15. Februar,
 Abends 8 1/2 Uhr,
 bei **Kessner, Annenstrasse 16.**
 Tagesordnung:
 1. Vortrag des Reichstags-Abgeord-
 neten **Franz Tutzauer** über: Gewerbe-
 Schiedsgerichte. 2. Antrag des Vor-
 standes betr. Reichstags. 3. Wahl
 des Delegierten zum Gewerkschafts-
 kongress. 4. Verschiedenes. — Bitte
 haben Zutritt. Um zahlreiches und
 pünktliches Erscheinen ersucht
 139/9 **Der Vorstand.**

Die ausgeschriebenen Stellen sind
 durch die eingegangenen Offerten bis
 auf Belegblätter alle vorgemerkt, was
 die Kollegen zu beachten ersucht.
A. Fries,
 Earlsheaton near Lewsburg,
 1411b in Berlin, Wasserthorstr. 44.

Größtes Lager Berlins
Kinderwagen. Andreasstr. 23/4. P.

Alte Stiefel für Herren, Damen und
 Kinder reell und billig
 Stallschreiberstr. 6. 1398b

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

170. Sitzung vom 12. Februar, 1 Uhr.

Am Tische des Bundesrathes: Boffe, Thielens, Reichsbankpräsident Dr. Koch, von Malchahn.

Eingegangen ist der Gesetzentwurf betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung.

Auf der Tagesordnung steht die dritte Berathung des Gesetzentwurfes betreffend die Vereinsthaler österreichischen Gepräges.

Abg. Reuschner (Rp.) weist darauf hin, daß das Abstoßen der Silberthalere jetzt gerade die ohnehin schon niedrigen Silberpreise noch mehr drücken wird. Die Meinung der wissenschaftlich gebildeten Geologen geht dahin, daß große Goldfunde, die einen dauernden Charakter haben, nicht mehr zu erwarten sind. Deshalb ist das Befestigen einer Goldwährung sehr in Frage gestellt. Redner bittet den Verkauf des disponiblen Silbers zu verschieben bis eine Steigerung des Preises stattgefunden hat.

Staatssekretär von Malchahn: Aus der Annahme des Gesetzes folgt nicht sofort der Verkauf des Silbers. Die Ausrückung der österreichischen Thaler wird erst erfolgen, wenn die österreichisch-ungarische Regierung die auf sie entfallenden Thaler in natura übernommen haben wird.

Die Vorlage wird darauf unverändert mit großer Mehrheit angenommen.

Darauf wird die zweite Berathung des Reichshandels-Stats für 1892-93 fortgesetzt und zwar beim Etat der Reichseisenbahn-Verwaltung.

Bei den Ausgaben für die Werkstätten hatte vorgestern, am Mittwoch, Abg. Singer die Entlassung von sozialdemokratischen Arbeitern aus den Werkstätten getadelt.

Abg. v. Stumm (Reichsp.): Nicht bloß für fiskalische Werkstätten sind die Sozialdemokraten ungeeignete Arbeiter, sondern auch für jeden Betrieb. Ich muß den Sozialdemokraten befehlen, daß sie überhaupt eine politische Partei sind. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Sie treten allerdings hier als politische Partei auf und die Zahl ihrer Anhänger vermehrt sich. Sie nehmen an den parlamentarischen Arbeiten Theil und zwar in so hervorragendem Maße, daß ihre Anhänger draußen schon unruhig werden und sie sich in jeder Volksversammlung verteidigen müssen. (Widerpruch bei den Sozialdemokraten, Zustimmung rechts.) Jedes Gesetz, welches etwas für die Arbeiter thut, ist von den Sozialdemokraten abgelehnt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ich bitte bei allem, was ich jetzt sage, die anwesenden Mitglieder der Sozialdemokratie als ausgeschlossen zu betrachten. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Warum diese Rücksicht?) Die Sozialdemokratie ist eine wirtschaftliche Gruppe, welche Gift und Has gegen die besser situierten Klassen verbreitet und alles bekämpft, was dem Menschen heilig ist oder wenigstens heilig sein sollte. Die Partei verteidigt den Meineid (Zuruf: Stöder, Baare), den Diebstahl (Zuruf: Schienenstempelfälschung!) und alle möglichen Dinge, jede sittliche Ordnung wird verhöhnt, so daß schließlich die Menschen zur Bestie gemacht werden. Redner verliest den Brief eines Arbeiters, welcher bedauert, daß schon die Kinder durch die Lektüre sozialistischer Schriften verdorben werden; was solle aus dieser Jugend anders werden, als eine rechtlose Räuberbande. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Der Staat hat in erster Linie die Pflicht, von seinem Betriebe die sozialistische Agitation fern zu halten. Das Zielmotiv der ganzen Sozialdemokratie lautet doch: die Monarchie muß fallen (Zuruf: Was hat das mit dem Eisenbahnetat zu thun! Abg. Frohme: Das ist der 78.er Unfug in neuer Auflage! Bestellte Arbeit! Präsident von Levetzow: Ich bitte den Redner, nicht so weit von der Sache abzuschweifen.) Es muß dafür gesorgt werden, daß die jungen Leute, wenn sie zur Armee eingezogen werden (Zuruf links: Eisenbahnen!), daß sie schon vorher, wenn sie in fiskalischen Werkstätten arbeiten, so diszipliniert werden, daß sie nicht den sozialdemokratischen Ideen verfallen. (Zustimmung rechts.) Das ist berechtigter, als wenn die Sozialdemokraten ihren Genossen verbieten, mit andern als mit ihren Vereinsthalingen zusammenzuarbeiten oder Waaren zu kaufen, welche keine Kontrollmarke haben. Die Reichs-Eisenbahnen könnten jeden Augenblick einen Streik haben, wenn sie die freien Arbeiter schühen wollen gegen die Sozialdemokraten. Das ist bedenklich, wenn der Streik nicht bloß ein notwendiges Uebel, sondern ein Kampfmittel ist. Eine Broschüre von B. August — man sagt, es heißt ungeleitet August Bebel (Widerpruch Bebel's) — führt diesen Gedanken aus. Aus solchen Streiks könnte die größte Gefahr entstehen, namentlich für die Reichs-Eisenbahnen, welche dicht an der französischen Grenze liegen. (Zustimmung rechts.) Von Sozialdemokraten ist die Pariser Kommune verherrlicht worden, die Pariser Kommune hat ihren Kampf ausgefochten, während der Feind vor den Thoren stand. So könnte auch bei den Reichs-Eisenbahnen... (Gelächter links.) Wenn wir das Sozialistengesetz noch hätten, würde man es jetzt wohl nicht aufheben. Gerade weil wir das Gesetz aber nicht mehr haben, müssen wir die Disziplin besonders streng handhaben. Eine starke Regierung hat noch niemals eine Revolution zu führen brauchen. Wenn Herr Bebel die Revolution verhindern will, dann müßte er die Regierung stärken, also auch die Reichs-Eisenbahnen ermächtigen (Heiterkeit), die umstürzenden Elemente fern zu halten. Ich danke dem Minister für seine vorgestrichene Erklärung und hoffe, daß sie im Lande allgemeinen Anklang finden wird. (Beifall rechts.)

Abg. Bebel (Soz.): Wenn ich nach dem Eindruck, den ich hatte, urtheilen soll, war die Rede des Abg. von Stumm recht schwächlich, ich muß aber nach den begleitenden Umständen eine große Bedeutung zuschreiben; das zeigt sich schon daran, daß sie nur einen sehr losen Zusammenhang mit dem zur Verhandlung stehenden Gegenstand hatte, und ich bedauere, daß der Herr Präsident mit seinem Hinweis dem Abg. von Stumm das Konzept verdarb, denn sonst hätten wir etwas ganz Außerordentliches zu hören bekommen, etwas, das auf ein neues Sozialistengesetz deuten zu sollen scheint. Ich weiß nicht, ob ein solches Gesetz in Aussicht steht, Abg. von Stumm hat allerlei Beziehungen und Fühlung nach oben, möglich ist ja, daß ein solches Gesetz vorbereitet wird; dann ist Abg. von Stumm aber in Bezug auf dies neue Gesetz herzlich schlecht unterrichtet. Denn Alles, was er an Zitaten heranzog, bezog sich auf eine längstvergessene Zeit, wo viele der jetzigen Mitglieder des Hauses noch nicht hier saßen, und was er sonst von der Sozialdemokratie sagte, ist unbekannt, und es ist nichts Neues in dem, worüber er sich in seiner langweilig gehaltenen Rede verbreitete. Ich bedauere, daß der Abg. v. Stumm nicht den Muth gehabt hat, die Anlagen, die er gegen die Sozialdemokraten im Allgemeinen geschleudert hat, auch gegen die Partei im Reichstage zu richten. Wir haben keine Veranlassung, die Aeußerungen, die draußen fallen, zu desavouiren. Wir können natürlich nicht für die Worte jedes Parteimitgliedes verantwortlich gemacht werden, ebenso wenig wie Sie vielleicht für alle Aeußerungen Ihres Fraktionsgenossen Stöder eintreten wollen. Unsere Partei soll keine politische Partei sein. Jedes Wort, um das Gegenheil zu beweisen, wäre verloren. Herr v. Stumm wird wohl selbst nicht glauben, was er gesagt hat. Eine Partei, die seit 25 Jahren hier im Hause sitzt, die die

stärkste in Deutschland ist, die ein bestimmt formulirtes Programm hat, wie keine andere Partei, die einen ganz bedeutenden Einfluß auf die gesamte innere und äußere Politik des Deutschen Reiches ausübt (Rufe rechts: Oh!) — jawohl, hat doch selbst der Reichskanzler gesagt, daß jeder Gesetzentwurf darauf hin geprüft wird, welchen Einfluß er auf die Sozialdemokratie ausübt; ist dies doch auch beim Volksschulgesetz geschehen! (Vizepräsident Graf Vellefrem: Ich möchte den Redner bitten, allmählig zum Gegenstand der Tagesordnung zu kommen.) Ich will nur kurz bemerken, daß Herr Bismarck hier im Reichstage im Jahre 1885 es ausgesprochen hat, daß die ganze Sozialreform im Deutschen Reich nicht da wäre, wenn wir keine Sozialdemokratie hätten. Da machen die Aeußerungen des Abg. von Stumm, daß wir weder eine wirtschaftliche noch eine politische Partei seien, einen eigenthümlichen Eindruck. Ferner hat er ausgesprochen, unsere Partei bezwecke nur, Haß, Neid und Mißgunst gegen die Besitzenden zu erregen. Das sagt der Mann einer Richtung, die in den letzten Jahren die Klinte der Gesetzgebung ausschließlich gehandhabt hat, um sich besondere Vortheile zu schaffen; ich erinnere nur an die Schutzhülle, Zuderprämien, Schnapsprämien und die Betrügeorien, die seine Klassenossen in Bochum v. B. fertig gebracht haben in Bezug auf die Schienenfälschungen und bezüglich der falschen Angaben über das Einkommen zur Feststellung der Steuer. Das sind die Vertreter der bestehenden und gebildeten Klassen, nach der Auffassung des Abg. v. Stumm die Repräsentanten der Sittlichkeit, der Moral und des Christenthums. Auch die freie Liebe kommt hier in Betracht; davon sollte der Abg. v. Stumm doch schweigen, es giebt Klassen, wo die Altruistenwirtschaft so ausgeprägt ist, daß der Abg. von Stumm in seinen Kreisen wohl eine ganze Reihe von Fällen kennen wird, die man völlig als freie Liebe bezeichnen kann. Dann hat er einen Brief vorgelesen, dessen ganzer Stil und Inhalt in mir den Zweifel erweckt, ob er überhaupt von einem wirklichen Fabrikarbeiter verfaßt ist oder ob derselbe nicht vielmehr ein durch den Gang der Dinge deklaffirter Mann ist, der vorher wirtschaftlich selbständig war. Die Zahl solcher Arbeiter in Deutschland ist eine ganz außerordentlich geringe, die Mehrzahl hat Noth, ihr Leben zu fristen. Hunderttausende, ja Millionen Arbeiter verdienen noch nicht so viel, um sich an Brod satt essen zu können. Ich habe eine Lohnstatistik hier, die nicht nur Fabrikarbeiter umfaßt. Nach dieser verdienen viele Arbeiter, wenn sie überhaupt Arbeit bekommen, bei einer 15-16stündigen Arbeitszeit höchstens 13 Mk. die Woche. (Rufe rechts: Wo denn?) In Glauchau z. B. Wenn Sie sich darüber wundern, dann beweist das nur, daß Sie die Verhältnisse gar nicht kennen, denn viele Arbeiter verdienen noch weniger. Der Vorredner hat dann Bezug genommen auf eine Broschüre, welche unterzeichnet ist B. August, „ein Pfendyonum, welches den wahren Verfassern deutlich kennzeichnet.“ Wenn ich meine Anonymität so wenig verbergen wollte, dann würde ich lieber meinen vollen Namen darauf schreiben, was ich übrigens stets thue. Diese Broschüre ist von einem Manne geschrieben, der nicht einmal zu dem engeren Kreise unserer Partei gehört, also hier gar nicht maßgebend ist. Maßgebend sind nur die offiziellen Beschlüsse unserer Parteikonferenzen, und wenn Sie diese lesen — das Protokoll von Halle ist in der Parteischandhandlung „Vorwärts“ für 50 Pfennige zu haben — dann werden Sie sehen, wie wir in Wahrheit über Streiks und Boykotts denken. Ich habe mich übrigens selbst noch am 18. Januar darüber hier geäußert. Alles, was der Abg. von Stumm gegen uns ausgesprochen hat, ist also neben die Scheibe gegangen. Die Beschuldigung der Parteitransformation müssen wir immer hören; wollen Sie etwa sagen, es sei keine Transformation, wenn die Gebr. Stumm keine sozialdemokratischen Arbeiter in ihren Fabriken beschäftigen, wenn die Eigentümer eine Fabrikordnung erlassen, die einer Zuchtordnung so ähnlich sieht, wie ein Ei dem andern, und die erst unter dem Druck der Gewerbe-Ordnungs-Novelle so umgeändert ist, daß man sie als halbwegs menschlich bezeichnen kann? (Vizepräsident Graf Vellefrem: Ich kann es nicht dulden, daß der Abgeordnete Bebel einem Mitgliede des Hauses vorwirft, daß es eine Fabrikordnung erlassen hat, die nicht als menschlich bezeichnet werden könne. Ich rufe ihn deshalb zur Ordnung.) Ich komme zum Gegenstand der Tagesordnung. Abgeordneter v. Stumm proklamiert den Grundfah, daß die Eisenbahnverwaltung sozialdemokratische Arbeiter nicht beschäftigen dürfe; man muß dem Abg. v. Stumm die Gerechtigkeit lassen, daß er zu den wenigen Männern gehört, die rücksichtslos ihre Meinung sagen, er will also die in seinem Betrieb geltenden tyrannischen Grundfahen auch für den Staatsbetrieb in Geltung gesetzt sehen. Ist aber die Regierung zur Anwendung solcher Prinzipien berechtigt? Abg. v. Stumm sagt, es genügt nicht, Arbeiter zu entlassen, die, wenn auch nur außerhalb der Arbeitszeit, sozialdemokratisch agitiren, sondern die auch nur sozialdemokratisch denken; zum Trost für den Abg. v. Stumm sage ich, daß diese Idee in den in eisenbahnerischen Eisenbahnwerkstätten veröffentlichten Anschlüssen schon verwirklicht ist: da ist gesagt, daß Beamte und Arbeiter, die der Regierung Opposition machen, nicht verwendet werden können. Danach müßten auch Arbeiter, die der freisinnigen Partei, oder dem nach den früheren Bezeichnungen als „Reichsfeinde“ bezeichneten Zentrum angehören, nicht verwendet werden und in Zukunft wohl überhaupt keine Liberalen, wenigstens nach der Stellung, die sie zum Volksschulgesetz einnehmen. Aber der ganze Grundfah ist ein falscher, und die Konservativen sollten sich nach dem Fall Graf Limburg wohl befinden, solche Grundfahen zu vertreten, und hier handelt es sich doch um einen Beamten, der angestellt ist mit der Verpflichtung, die Politik der Regierung zu fördern, dort um Arbeiter, die nur ihre Arbeit pflichtgemäß zu erfüllen haben. Das Verhalten der Reichs-Eisenbahnverwaltung kontrastirt auch sehr scharf zu den vom Staatssekretär von Böttcher vertretenen Ansichten, der noch am 18. Januar sagte, in seinem Ressort wenigstens werde ein Arbeiter nicht seiner politischen Ansicht wegen aus der Arbeit entlassen; ich freue mich, daß Herr von Böttcher sich dem Beispiel des Herrn Thielens nicht angeschlossen hat. Die Auffassung des Herrn Thielens steht auch im Widerspruch zu der des Reichs-Oberhauptes (Oh! rechts). Jawohl, als es sich im Jahre 1889 um die Berliner Unfallversicherungs-Ausstellung handelte, sagte der Kaiser in einer Audienz zum Abg. Köstler, man müsse den Arbeitern die Ueberzeugung verschaffen, daß sie völlig gleichberechtigt im Staate seien; dieser Satz ist nirgends in Zweifel gezogen worden, danach soll also auch kein Unterschied wegen der politischen Ueberzeugung gemacht werden. (Widerpruch rechts.) So lange das Sozialistengesetz galt, hatte man wenigstens einen Schein von Verächtlichkeit — nur einen Schein, solche Unterschreibungen zu machen, jetzt aber ist auch nicht ein solcher Schein vorhanden. In dem bekannten kaiserlichen Erlaß vom 4. Februar 1890 ist ferner ausdrücklich ausgesprochen, daß die Staatsbetriebe Musteranstalten sein sollen — aus Musterwerkstätten Arbeiter ihrer politischen Ansicht wegen zu entlassen, das ist ein Widerspruch. (Widerpruch des Abg. von Stumm.) Ja, Herr v. Stumm, Ihre Betriebe sind freilich keine Musteranstalten. (Heiterkeit.) Es ist gerade so unaufrichtig, Leute ihrer politischen Ansicht wegen zu entlassen, wie wenn man sie wegen ihrer religiösen Ueberzeugung schlecht behandelt. Es ist eine der größten Erregenschaften des modernen Staates, daß er in seine Grundfahen aufgenommen hat, daß Jedermann seine religiösen

und politischen Ansichten frei äußern und vertreten kann. Jeder Preuss hat das Recht, seine Meinung durch Wort, Druck, Schrift und Bildwerke frei zu äußern, sagt die preussische Verfassung. Damit steht es im Widerspruch, privilegierte Gesinnungen schaffen zu wollen. Wenn man Arbeiter hindert, gewissen politischen Ansichten zu huldigen, so ist es ein kleiner Schritt, die Arbeiter zu zwingen, gewisse politische Ansichten zu haben. Diesen Schritt hat in der That Herr Thielens schon gethan, denn als Chef der Eisenbahndirektion Hannover verfügte er, daß in dem damaligen Wahlkampf zwischen einem Sozialdemokraten und einem Welfen die Beamten und Arbeiter der Eisenbahn-Verwaltung sich der Stimmabgabe zu enthalten hätten, weil Beide gleich staatsgefährlich seien. Man verlangt von den Arbeitern, daß sie ihrer Militärpflicht genügen und für das Vaterland Gesundheit und Leben eventuell opfern, und ihre direkten und ihre indirekten Steuern zahlen, da muß man ihnen auch die entsprechenden Rechte geben. Wo aber ein solches Verbot erlassen wird, da beraubt man sie der ihnen gewährtesten Grundrechte. Nun sagt Herr von Stumm: ja, das ist notwendig, und ganz besonders bei der Eisenbahn-Verwaltung mit Rücksicht auf die große Gefahr, die für den Staat aus einem anderen Verhalten resultiren könnte. Diesen Punkt hätte sich doch Herr von Stumm überlegen sollen. Die Sozialdemokratie ist die stärkste Partei in Deutschland, sie wird immer stärker und in kurzer Zeit überhaupt die Mehrheit der Bevölkerung umfassen. Daher muß sie auch in alle Zweige der Verwaltung und in das Heer eindringen. Wenn nun, was ich nicht wünsche, der Moment kommt, wo Deutschland das Schwert ziehen muß — und dann wird es das Schwert ziehen müssen für seine Existenz und Unabhängigkeit —, dann braucht es den besten Mann, auch die Sozialdemokraten, und es könnte den Herren schlecht bekommen, wenn man heute den Sozialdemokraten die Ueberzeugung beibringt, daß sie einen solchen Staat, dem solche Rechte zur Seite stehen, zu verteidigen nicht mehr nöthig haben. Bis jetzt haben die Sozialdemokraten in allen Betrieben ihre Schuldigkeit gethan, wie jeder Betriebsleiter befähigt wird, daß die Sozialdemokraten die pflichttreuesten und tüchtigsten Arbeiter sind. (Widerpruch des Abg. Grafen Behr.) Ja, Herr Graf Behr, in Pommeren sind freilich keine sozialdemokratischen Arbeiter beschäftigt. Darum sollten Sie wohl zusehen, daß Sie sich die Günst der Sozialdemokraten nicht verschmerzen. (Zuruf rechts: Wir sind nicht feige!) Wenn man die Sozialdemokraten so behandelt, wie Herr v. Stumm, so heißt das Vogel Strauß-Politik treiben, die im Laufe der Geschichte so häufig schweres Unglück herbeigeführt hat. Solche Maßregeln muß man unterlassen, sie stehen im Widerspruch mit unserer Kultur, dem Staatsgesetz und der Wohlthätigkeit, die die Staatsregierung aus jedem Arbeiter gegenüber wahrnehmen müßte; sie darf nicht Maßregeln ergreifen, bei denen kein Ruhm und keine Ehre zu holen ist, sondern nur Blamagen und Niederlagen! (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Hausmann (Dem.): Wenn solche Reden wie die des Herrn v. Stumm gehalten werden, dann darf das Haus sich nicht wundern, wenn solche Antworten wie die Rede Bebel's darauf folgen. Herr Bebel war so unhöflich, die Rede des Herrn v. Stumm langweilig zu nennen. Ich fand sie interessant, denn sie ist ein naiver Ausbruch der Anschauungen, welche jetzt plötzlich in seiner Umgebung wieder zu herrschen scheinen. Hat Herr von Stumm denn nicht gemerkt, daß Herr Bebel, der voll innerer Begeisterung spricht, ihm in der Dialektik weit überlegen ist? (Zustimmung links.) Wenn die beiden Reden neben einander gedruckt werden, so wird man die Rede des Herrn von Stumm nicht lesen. (Widerpruch rechts.) Die Rede des Herrn Bebel wird einen großen Eindruck machen. Wenn man immer von der Sozialdemokratie bei allen Gelegenheiten spricht und die Gefahr derselben so groß als möglich darstellt, so wird dadurch die ganze Staatsleitung geschädigt und man giebt dem Herrn Bebel die Gelegenheit, die Gefahr immer als eine noch größere hinzustellen. Denn eine immense Sozialistenfurcht herrscht in den höheren Schichten, daher das Hepp-hepp des Freiherrn v. Stumm gegen die Sozialisten (Vizepräsident Graf Vellefrem: Hepp-hepp ist kein passender Ausdruck einem Abgeordneten gegenüber!) Die Gefährlichkeit des Herrn von Stumm... (Vizepräsident Graf Vellefrem: Gefährlichkeit ist unparlamentarisch; ich rufe den Abgeordneten Hausmann zur Ordnung.) Ich freue mich, daß das Wort Gefährlichkeit in einer Rede unparlamentarisch ist! Ich hoffe, daß Herr von Stumm sich das zu Herzen nehmen wird für seine späteren Reden. Als letztes Ziel der Sozialdemokratie die Beseitigung der Monarchie hinzustellen, war von Herrn von Stumm sehr ungeschickt, wo sich heute die Sozialdemokraten auf Aeußerungen der allerhöchsten Person berufen könnten. Höchstens haben sich die Angriffe heute als Angriffe auf das sogenannte „Reichthum Stumm“ hingestellt. Wenn Sie die Sozialdemokratie bekämpfen wollen, so schaffen Sie die Mißstände aus dem Wege, welche der Sozialdemokratie neue Nahrung geben. Ein Fall Peus macht mehr Sozialdemokraten, als jemals durch andere Maßregeln wieder befehrt werden können. Wenn wir später die Frage der Soldatenmishandlungen berathen, dann sollten die Herren von der Rechten durch die That und nicht durch schwächliche Resolutionen beweisen, daß sie helfen wollen.

Geheimer Ober-Regierungsrath Rinkel entschuldigt die durch Amtsgeschäfte veranlaßte Abwesenheit des Chefs der Reichs-Eisenbahnverwaltung.

Abg. v. Stumm: Daß in den höheren Gesellschaftsklassen auch Unsitlichkeiten vorkommen, habe ich nicht bestritten, wir haben solche Unsitlichkeiten aber niemals verteidigt. (Zuruf: Die Admische Zeitung hat Baare verteidigt.) Mit Herrn Stöder stimme ich in vielen Punkten überein, aber er gehört meiner Partei nicht an. Bei uns fliegt überhaupt nicht Jeder sofort aus d. Partei wegen einer abweichenden Meinung. Der Standpunkt, den ich der Sozialdemokratie gegenüber vertritt, widerspricht durchaus nicht der Gleichheit der Staatsbürger, sondern ich will nur den freien Arbeiter schühen gegenüber der Tyrannei der Sozialdemokraten. Ich muß es entschieden ablehnen, daß ich die Debatte angefangen habe. Herr Singer hat der Eisenbahnverwaltung Vorwürfe gemacht; Herr Bebel hat dieselben Angriffe gegen die Verwaltung des Innern gerichtet; darauf wollte ich antworten. Die Verwaltung hat 2 Arbeiter entlassen; ich habe in der letzten Zeit überhaupt keine Arbeiter entlassen, also bin ich noch viel milder als die Reichs-Eisenbahnverwaltung. (Heiterkeit rechts; Zurufe links: Au!)

Abg. Müller (nl.): Sozialdemokratische Arbeiter beschäftigen sich auch in meinem Betriebe, aber Agitatoren kann ich nicht gebrauchen, und gerade in der Eisenbahn-Verwaltung, wo so viel auf die Betriebssicherheit ankommt, können nur zuverlässige Arbeiter gebraucht werden. Die stärkste Partei ist die Sozialdemokratie nicht, denn nicht der vierte Theil derer, die für einen Sozialdemokraten gestimmt haben, sind wirkliche Sozialdemokraten. Bei allen Nachwahlen sind die Sozialdemokraten mit geringerer Stimmzahl hervorgetreten. Der Einfluß der Sozialdemokratie bei den Arbeitern ist im Fallen; das liegt an den Mißerfolgen, welche vielfach erzielt sind. Offiziell erklärt sich die Partei allerdings gegen die Streiks, aber unter der Hand werden die Streiks begünstigt zur Steigerung der Unzufriedenheit. Ein ausländischer Sozialdemokrat, mit dem ich mich einmal unterhalten, sagte: Die deutschen Sozialdemokraten seien Antostoffen (Zuruf links:)

Namen), Burt war es (Zuruf Singers: Ist nicht unser Parteigenosse?). Sie schüren nur immer die Unzufriedenheit, ohne etwas für die Arbeiter zu erreichen. Gegen Herr Baare sind hier ganz unqualifizierbare Vorwürfe gefallen. Die geschäftigen Angriffe gegen Herrn Baare gehen von einem Redakteur in Bochum aus, der in mehr als 30 Fällen wegen Verleumdung und Beleidigung bestraft ist. Die Papiere, welche dem Gericht präsentiert sind, sind geprüft worden, soweit die Verjährung noch nicht eingetreten war. Die Prüfung hat nichts ergeben. Bezüglich der verjährten Sache konnte das Gericht nicht einschreiten. Sollte die gerichtliche Untersuchung etwas ergeben, so werde ich der Erste sein, der solche Dinge verurteilt.

Abg. Dirsch (Dr.): Herr von Stumm soll, wie mir berichtet wird, mir den Vorwurf gemacht haben, daß meine Reden denen der Sozialdemokraten so ähnlich seien, wie ein Ei dem andern. Ich bin einer der ältesten Gegner des Sozialismus. Ich habe die Alters- und Invalidenversicherung bekämpft, während Herr von Stumm sich immer als den eigentlichen intellektuellen Urheber dieser Versicherungen hinstellt, also nähere Beziehungen hat als ich zur Sozialdemokratie, die auch dieses Gesetz verteidigt. Wie kann man von Wohlwollen für die Arbeiter reden angesichts gewisser Arbeitsordnungen, welche die Arbeiter bedrücken und sie zum Haß gegen das Kapital verleiten. Die Entlassung von Arbeitern wegen ihrer politischen Gesinnung kann ich nicht billigen. Die Sozialdemokraten sind ja eigentlich die wärmsten Anhänger der Staatsbahnen. Durch die Entlassung aus politischen Gründen wird man die sozialdemokratischen Ideen nicht verbreiten, ein solches schwächliches Surrogat für das Sozialistengesetz würde nur die Unzufriedenheit wachrufen.

Abg. Dike (Z.): Diese Gelegenheit war wohl nicht besonders geeignet für solche prinzipiellen Debatten, die sich sonst bei jeder Gelegenheit wiederholen könnten, ohne daß wir sie zum Austrag zu bringen vermögen. Nicht die sozialdemokratischen Arbeiter, sondern die christlichen Arbeiter, die voll Pflichten sind, sind die besten Arbeiter. Wenn Fürst Bismarck auch erklärt hat, daß es ohne die Sozialdemokraten keine Sozialpolitik geben würde, so braucht dies doch noch nicht wahr zu sein. (Heiterkeit.) Wir sind für die sozialpolitischen Maßnahmen immer eingetreten, ohne Rücksicht auf die Sozialdemokratie. Wir folgten damit nur echt christlichen konservativen Bestrebungen. Mit kleinen Maßregeln sollte man die Sozialdemokraten verschonen, weil dadurch die Sache nur verschlimmert wird. Wenn ein Arbeiter von seinen Genossen mit einem Vertrauensposten betraut wird, dann soll man ihn deshalb nicht gleich als Agitator betrachten. Aber wenn ein Agitator gegen den Arbeitgeber heßt, wie z. B. hier in Berlin die Jungen gegen die Alten, dann hat der Arbeitgeber das Recht, ihn aus seinem Betrieb zu entfernen, wie die Jungen aus der Partei ausgeschlossen sind.

Abg. v. Dellbrück (L.): Die Sozialdemokraten verfolgen auch ideale Ziele, aber daneben auch materielle Zwecke mit recht materiellen Mitteln, die zum Teil sehr bedenklich sind. Die Aufhebung des Sozialistengesetzes war nur eine Probe, ich fürchte, daß diese Probe bald als gescheitert angesehen sein wird, daß wir uns nach anderen Mitteln umsehen müssen. Jedenfalls muß dem Arbeitgeber ebenso gut das Recht gegeben werden, seine Anschauungen zu verbreiten, wie dies seitens der Sozialdemokraten geschieht. Die Unzufriedenheit wird durch die Agitation der Sozialdemokraten geschürt, sie erwächst nicht aus der Natur der Arbeiter heraus.

Abg. Bebel: Die Bestimmungen der zitierten Verfassungsverordnung verbieten nicht etwa bloß agitatorische Bestrebungen der Sozialdemokraten, sondern Bestrebungen, welche gegen Kaiser und Reich gerichtet sind. Dasselbe thut Herr v. Stumm in seinem eigenen Betriebe, indem er verbietet, daß ein Arbeiter in seiner Gesinnung sich zur Sozialdemokratie bekennet. Ich erkenne vollständig an, daß kein Arbeitgeber es sich gefallen zu lassen braucht, daß in seinem Betriebe irgend welche politische Agitation, sei es sozialdemokratische, katholische oder sonstige, betrieben wird. Es ist aber falsch — und das ist bei dem einen von dem Kommissar erwählten Arbeiter geschehen —, wenn dieser Arbeiter nur deshalb entlassen wurde, weil er von seinem Rechte als Mitglied des Arbeiter-Ausschusses Gebrauch gemacht hat. Ich halte es für ungesetzlich, einen Arbeiter zu entlassen, weil er an Vereinen und Versammlungen außerhalb des Betriebes teilgenommen hat. Es wäre etwas Anderes, wenn in den betreffenden Versammlungen direkt gegen die Eisenbahn-Werksätze gehandelt worden wäre. Dies ist aber nicht der Fall gewesen. Wenn Herr von Stumm uns für keine politische Partei hält, so stellt das seiner geistigen Kapazität ein sehr böses Zeugnis aus, die Regierung hält uns aber für eine politische Partei, sie ist also nicht entschuldigt. Die Maßregeln des Herrn von Stumm richten sich übrigens gar nicht gegen die sozialdemokratischen Arbeiter allein, sondern auch gegen freisinnige Arbeiter. (Widerspruch des Abg. v. Stumm.) Sie haben doch seiner Zeit denjenigen Arbeitern mit Kündigung gedroht, welche das damals fortschrittliche Neunkirchner Tageblatt hielten! Bei uns „liegt nicht hinaus“, wer unsere Meinung nicht theilt, sondern wer systematisch unsere Partei verleumdet. Darum handelte es sich auch an dem Erfurter Kongress. Wir haben nicht die Schriften des Dr. Wille boykottiert, sondern ihm nur das Privileg entzogen, daß seine Schriften im Kommissionsverlage der Buchhandlung des „Vorwärts“ vertrieben. Wenn Herr Dike heute den Versuch machen will, in der Buchhandlung des „Vorwärts“ die Schriften des Herrn Dr. Wille zu bestellen, so bekommt er sie ebenso wie die „Freiheiten“ des Herrn Eugen Richter. Ich habe dem Abg. v. Stumm nicht nachgesagt, daß er Unfittlichkeiten rechtfertigt, sondern nur: in dieser Klasse ist Unfittlichkeit in Hülle und Fülle, welche der Staatsanwalt sogar mit dem Mantel der christlichen Liebe bedeckt, wie im Fall Baare. Wenn er meint, wir hätten kein Programm und wüßten nicht, wie wir unseren Zukunftsstaat einrichten wollen, so sage ich: an dem Tage, wo der Bauplan für den Zukunftsstaat frei ist, haben wir auch die Pläne fertig. Haben wir die Macht, unsere Ideen zu verwirklichen, dann haben wir auch die Möglichkeit; hoffentlich erleben Sie es noch. (Heiterkeit.) Ohne unsere Partei hätten wir kein Gesetz über die Sonntagseruhe bekommen. Die Anschuldwigung, als ob sozialdemokratische Arbeiter mit dem Feinde gemeinsame Sache zu machen bereit seien, eine Anschuldwigung, die auf Landesverrath hinauskommt, muß ich auf das Allerentschiedenste zurückweisen. Wir haben in öffentlichen Kundgebungen ausdrücklich betont, daß wir nicht im Interesse der herrschenden Klassen und der Regierung, wohl aber im Interesse der nationalen Existenz, also auch unserer eigenen Existenz, gegen den äußeren Feind zu Felde ziehen würden. Es ist nicht bewiesen worden, daß sozialdemokratische Arbeiter oder Beamte ihre Pflicht im Eisenbahnbetriebe vernachlässigt haben. Weit gefährlicher für die Sicherheit des Betriebes scheint mir die Schienenklüftung. (Zustimmung links.) Zahlreiche Schienen sind so gestrichelt, daß sie im Falle einer stärkeren Benützung im Kriege eine ernste Gefahr herbeiführen können. Die sozialdemokratischen Arbeiter könnten vielleicht eines Tages Sie und Ihre Gesellschaft retten. Wenn Herr Müller bemerkt, daß unsere Partei die härteste sei, so bitte ich ihn, einmal den Versuch zu machen, die fünfjährige Legislaturperiode aufzuheben. Wir fürchten die nächste Wahl nicht, wohl aber seine Partei. Herr v. Bennigsen hat sich für die Gewährung von Diktäten nur erklärt als Kompensation des Wahlgesetzes. (Widerspruch bei den National Liberalen.) Sie wollen eben kein allgemeines Stimmrecht. Das Zentrum hat durch die Zustimmung zu den Schutzgöllen, insbesondere zu Branntwein- und Zuckerprämiën, den reichen Leuten geholfen; es ist nach dem Friedensschluß mit der Regierung gewillt, auf dieser Bahn fortzufahren; wir können das ruhig abwarten, denn wir sind sicher, daß wir davon den Erfolg haben werden. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Hausmann (Dr.): Ich habe die Sozialdemokraten

verteidigt, weil sie ungerecht angegriffen waren, aber ich bin kein Begünstiger der Sozialdemokratie. Begünstiger derselben sind die Vertreter der Schutzgölle und jeder anderer Interessent. (Zustimmung links.)

Geheimer Rath Wasserzapp erklärt, daß die beiden Arbeiter entlassen seien, weil sie sich an einem sozialdemokratischen Parteitag beteiligen wollten, was als agitatorisches Auftreten zu bezeichnen ist. Zwei andere Arbeiter seien nicht wegen agitatorischer Antriebe, sondern wegen dringenden Verdachtes der Untreue entlassen worden.

Abg. Schrader (Dr.): Nach den Erklärungen des Eisenbahn-Ministers glaube ich, die Verfassungsverordnung sei aufgehoben; denn er hat ausgeführt, daß er der Generaldirektion gegenüber betont habe, der Ausschuss solle nur bei agitatorischer Betätigung eingreifen. Die Verfassungsverordnung lautet aber viel allgemeiner. Ich halte es für falsch, eine Anordnung zu treffen, welche bestimmte politische oder wirtschaftliche Ueberzeugungen besonders trifft. Man schreibe alle Arbeiter aus, welche heben, aber nicht eine bestimmte Richtung. Eine bloße Teilnahme an einem Parteitage ist noch keine eigentliche Agitation. Tauschen wir uns darüber nicht; es gibt keine größeren Verstätten ohne Sozialdemokraten; auch Freiherr von Stumm hat Sozialdemokraten in Arbeit; er weiß es nur nicht, und wenn er es erfahren wird, wird er sehr enttäuscht sein. Es hat mich erschreckt, daß man rechts das lebhafteste Bedürfnis fühlt, in irgend welcher Weise auf das Sozialistengesetz zurückzukommen. Sind Sie noch nicht klug genug geworden (Zuruf Kardorff's: Werden wir nie werden!), um einzusehen, daß durch eine solche Gesetzgebung die Sozialdemokratie gefördert wird? (Zustimmung links.) Durch eine gerechte Politik wollen wir die Sozialdemokraten bekämpfen, dadurch, daß wir den Arbeitern geben, was ihnen gebührt und namentlich ihre volle Gleichberechtigung anerkennen. Wenn die Sozialdemokratie als eine nicht politische, als eine nicht sittliche Partei dargestellt wird, so werden dadurch die Arbeiter verleitet, die sich niemals mit der Sozialdemokratie verbunden haben. Wenn wieder die Sozialdemokratie stärker geworden sein wird, schreiben Sie es sich selber zu. (Zustimmung links.)

Abg. von Stumm: Das „Neunkirchner Tageblatt“ ist damals von mir verboten worden, weil es schlimmere Agitation trieb als die sozialdemokratischen Blätter. Bezüglich der neuen Arbeitsordnung kann ich Ihnen schon heute erklären, daß ich allerdings die Bestimmungen, welche jetzt in der Arbeitsordnung beanstandet werden würden, das Verbot des frühen Heirathens, das Treiben eines anderen Geschäftes außerhalb der Fabrik etc., in einer besonderen Verfügung den Arbeitern bekannt mache und jeden, der dagegen handelt, mit der Kündigung bedrohe. (Abg. links.) Man nennt das ein Umgehen des Gesetzes; ich bin anderer Ansicht. Ich könnte ohne eine solche Maßregel die Verantwortung für den Betrieb nicht übernehmen. Herr Hausmann meinte, Herr Bebel sei mir in der Dialektik überlegen. Jedenfalls höre ich Herrn Bebel's Ausführungen lieber als Herrn Hausmann's Redensarten. (Präsident v. Levetzow: Der Ausdruck Redensarten ist unzulässig.)

Abg. Singer (Soz.): Die Enthaltungen des Abg. v. Stumm haben mich nicht überrascht, denn es war ja wohl zu erwarten, daß ein Ulaß des Königs Stumm in Neunkirchen mehr Bedeutung hat, als (Präsident v. Levetzow bittet die Wendung „König Stumm“ nicht zu gebrauchen) als die unter Mitwirkung des Abg. v. Stumm erlassene Gewerbe-Ordnung. Das Verhalten des Herrn v. Stumm, einzelnen Arbeitern neben der allgemeinen Fabrikordnung noch zum 1. April bestimmte Vorschriften zu machen, ist eine direkte Umgehung der Gewerbeordnung; das werden vielleicht auch die Gerichte entscheiden, wenn sich die Arbeiter die besondere Verfügung nicht gefallen lassen, deswegen die Kündigung erhalten und dagegen klagen werden. Ich weiß in der That mit der Gesinnung der Arbeiter des Herrn v. Stumm besser Bescheid, als er selbst, denn er mag es mir wirklich glauben, daß in dem Betriebe des Herrn von Stumm Sozialdemokraten vorhanden sind. Die entlassenen Arbeiter der Werksstätten haben keinen sozialdemokratischen Parteitag besucht, sondern einen Kongress der Eisenarbeiter, der nur Forderungen behandelte. Da ich natürlich nicht annehmen kann, daß der Herr Regierungsvertreter bewußt die Unwahrheit sagte, muß ich annehmen, daß seine Beamten ihn sehr schlecht unterrichten. Nach der neuen zum 1. April in Kraft tretenden Gewerbe-Ordnung kann die Arbeitsordnung sich gar nicht mehr um das Verhalten der erwachsenen Arbeiter außerhalb des Betriebes kümmern. Das würde ungesetzlich sein und gegen § 184 b verstoßen. Vielleicht will aber die Eisenbahn-Verwaltung das Gesetz eben so umgehen, wie Herr von Stumm. Ein entlassener Arbeiter wurde als solcher bezeichnet, der im Verdacht der Untreue gestanden habe; der betreffende Arbeiter hat die besten Zeugnisse von seiner vorgelegten Behörde und von der Polizeibehörde erhalten, wie man sie einem der Unredlichkeit Verdächtigen nicht zu geben pflegt. Er hatte nicht ermitteln können, aus welchem Grunde er entlassen wurde. Das Verhalten des Regierungsvertreters diesem Manne gegenüber ist parlamentarisch unqualifizierbar. (Plaf! links.) (Präf. von Levetzow verbittet sich solche unparlamentarischen Bemerkungen.) Für die Ehre dieses Mannes muß ich gegenüber den Ausführungen des Regierungsvertreters eintreten. (Zustimmung links.) Im Uebrigen bekenne ich mich dazu, die Debatte angeregt zu haben. Sie war für unsere Zwecke sehr fruchtbringend, namentlich durch die unfehlbare Wirksamkeit der Herren von Stumm und Müller für unsere Partei. Wenn die Herren recht fleißig so fortfahren, werde ich Veranlassung nehmen, für sie die Ehrenmitgliedschaft bei der sozialdemokratischen Partei an geeigneter Stelle zu beantragen. (Heiterkeit.)

Geheimer Rath Wasserzapp: Die beiden Arbeiter haben sich nicht an einer Versammlung der Eisenbahnarbeiter beteiligt, sondern an einem sozialdemokratischen Parteitage in Offenburg. Der Arbeiter, der wegen des Verdachtes der Untreue entlassen ist, ist ein anderer, als der, von dem Herr Singer sprach. Das wird sich herausstellen, wenn der Name genannt wird.

Abg. v. Kardorff (Rp.): Wenn die Sache so weiter geht wie jetzt, wo Herr Singer sagt: Der Kriegsminister möge doch einmal den Versuch machen, die sozialdemokratischen Unteroffiziere anzumerzen, dann können wir nicht mehr auskommen, dann müssen wir eine Verschärfung des Pressgesetzes und des Vereinsgesetzes herbeiführen. Die Eisenbahn-Verwaltung geht nicht scharf genug vor gegen die Sozialdemokraten. Sie sollten sich nicht bloß auf die Entlassung der sozialdemokratischen Agitatoren beschränken, denn jeder, der sich zur Sozialdemokratie bekennet, darf nicht einen Augenblick länger in einer königlichen Verstätte bleiben. (Zustimmung rechts.)

Abg. Barth: Was Herr v. Kardorff ankündigt, geht ja noch weit hinaus über das Sozialistengesetz. Herr Hänel hat damals zur Abwehr des Sozialistengesetzes eine Verschärfung des gemeinen Rechts versucht, aber den Versuch bald aufgegeben. Aus der Handhabung des Sozialistengesetzes hat er aber die Ueberzeugung gewonnen, daß nichts verderblicher ist als das Sozialistengesetz. Es ist ein Glück, daß das Gesetz endlich aufgehoben wurde, denn sonst hätte die Sozialdemokratie noch mehr Zuwachs erhalten. Ein solcher Erlass, wie er hier diskutiert wird, ist so gut wie ein Verweis auf 1000 weitere sozialistische Stimmen. Wenn die Herren von der Rechten glauben, durch solche Beschränkungen der Presse und der Versammlungen etwas zu verbessern, so verpfänden sie, daß sie dadurch einen Kampf herausbeschwören, der nahezu an den Bürgerkrieg freist.

Abg. v. Kardorff: Wir wollen erst mal warten bis zu den nächsten Wahlen. Aber ich sehe nicht ein, weshalb Herr Barth sich bei den Sozialdemokraten noch mehr insinuirten will; er hat ja bei der Wahl des Fürsten Bismarck's genug geleistet, indem er seinen Freunden den Rath gab, für den Sozialdemokraten zu stimmen.

Abg. Barth: Herr v. Kardorff hat meinen Worten die Bedeutung beigelegt, daß ich mich bei den Sozialdemokraten insinuirten will. Ich habe die Sozialdemokraten mehr bekämpft

als Herr v. Kardorff, der durch die Unterstützung der Interessentpolitik die Sozialdemokratie gefördert hat.

Abg. v. Kardorff: Herr Barth meint, ich hätte seinen Worten die und die Bedeutung beigelegt. Ich lege seinen Worten überhaupt keine Bedeutung bei. (Heiterkeit rechts.)

Abg. Barth: Ich merke, daß den Worten des Herrn v. Kardorff die Bedeutung eines Witzes beigelegt wird. Nachdem ich mich davon überzeugt, sehe ich ein, daß wir uns nicht mehr verhandigen können.

Damit schließt die Debatte.

Abg. v. Bennigsen: Aus einer Bemerkung des Herrn Bebel könnte hervorgehen, daß ich für die Befestigung des geheimen Wahlrechts eingetreten sei. Ich habe bei dem Diätenantrage darauf hingewiesen, daß die Anregung der Diätenfrage die Neigung auf anderer Seite stärken könnte, das Wahlrecht überhaupt zu ändern.

Abg. Bebel: Der stenographische Bericht wird beweisen, daß bei dieser Stelle von links her ein lebhaftes hört! hört! erklang, weil man diese Stelle so aufnahm, wie ich sie heute aufgefaßt habe. Ich muß auch nach der heutigen Erklärung des Herrn v. Bennigsen annehmen, daß in der nationalliberalen Partei ein gewisser Widerwille gegen die geheime Wahl vorhanden ist. Die Ausgaben für die Eisenbahnwerkstätten werden darauf genehmigt und um 1/4 Uhr die weitere Berathung bis Sonnabend 1 Uhr vertagt.

Parlamentarisches.

Die Wahlprüfungs-Kommission erledigte gestern die in Bezug auf die Wahlen der Abgeordneten Hastedt (Garburg), Hermes (Brandenburg), von Janka Polczynski (4. Danzig), von Normann (7. Stettin) seiner Zeit vom Reichstag beschlossenen und mittlerweile eingegangenen Erhebungen. Die letzteren ergaben die theilweise Richtigkeit der behaupteten Beschwerden, doch sind dieselben nicht derart, daß daraus ein störender Einfluß auf die Gültigkeit der Wahl hergeleitet werden könnte. Nur in Bezug auf die Wahl in Brandenburg wurde wegen der dort, infolge landrätthlichen Erlasses, erfolgter Beschränkung der Öffentlichkeit der Wahl, die Ungültigkeit beantragt. Der Antrag wurde aber mit 6 gegen 2 Stimmen abgelehnt.

Parteinachrichten.

Der Erlass des Herzogs Georg zu Sachsen und das Urtheil der sozialdemokratischen Presse.

Stettiner Volksbote: Die Mißhandlungen der Soldaten sind allen Heeren gemeinsam zu eigen. Wurde doch vor ganz kurzer Zeit gemeldet, daß sogar in der freien Schweiz derartige Dinge passirt sind. Und soeben durchläuft eine Nachricht aus Warschau die Presse, nach welcher ein Oberst einen Feldwebel und einen Unteroffizier, weil diese den Morgengruß nicht erwiderten, mit dem Revolver niederschloß wie tolle Hunde! Und der Mörder spaziert frei herum und ist nach wie vor ein achtbarer Mann, denn die bunte Uniform hat ein Vortrecht. Wer die Soldatenmißhandlungen beseitigen will, muß den ganzen Militarismus beseitigen. Einen anderen Ausweg gibt es nicht.

Elberfelder Freie Presse: Wir möchten gewisse Herren, die bei solchen Mißhandlungen vielfach mitguthun bekommen, deren Wort von schwerer Bedeutung ist, da es von denselben in gar vielen Fällen abhängt, ob man Gerechtigkeit wahren läßt oder schreiende Ungerechtigkeit begeht, welche Herren aber im dunklen Hintergrunde stehen und darum gar leicht übersehen werden, diesen Herren möchten wir eine größere und eine größeren Aufmerksamkeit empfehlen. Wir meinen nämlich, diejenigen Herren Aerzte, welche über vorgekommene Soldatenmißhandlungen ihr Gutachten abzugeben haben, welches für die richterliche Behandlung des vorliegenden Falles, für Verurtheilung oder Freisprechung des Beschuldigten maßgebend ist. Wir erinnern hier nur an den einen vor ein paar Jahren in der Stadt Rempten vorgekommenen Fall. Ein Unteroffizier hatte einen Soldaten, um dessen Kniee „durchzudrücken“, so lange auf zwei Stühle legen und in so barbarischer Weise dessen Beine zwischen den Stühlen beschweren lassen, daß der Arme für sein ganzes Leben ein Krüppel ist. Der Unteroffizier wurde aber freigesprochen, weil die zu Rathe gezogenen Aerzte einen Zusammenhang des krankhaften Zustandes des Soldaten mit der vorhergegangenen Mißhandlung nicht finden konnten. Ein Schrei der Entrüstung ging durch die Bevölkerung, als man diese Freisprechung erfuhr. Aber was war zu machen? Nichts, einfach nichts, es war Alles geschehen im Interesse der — Disziplin, auch die Beurtheilung der Aerzte, und da zog Michel die Zipfelflappe wieder herunter und schlief weiter. Und wie es in diesem Falle geschehen, geschah und geschieht es noch oft, viel öfter als man erfährt und glaubt. Was soll man von solchen Vertretern der medizinischen Wissenschaft sagen? Man neigt vielfach der Ansicht zu, der Militär Richter sei in seinem Urtheile besungen. Aber wie sollte, könnte auch der gerechteste und unbefangene Richter urtheilen, wenn ihm ein ärztliches Gutachten vorgelegt wird, in welchem eine schwere Mißhandlung als unbedeutend bezeichnet wird. Danach hat der Richter zu urtheilen. Wie man sieht, kann durch ein solches Gutachten der schreiendsten Ungerechtigkeit Thür und Thor geöffnet werden.

Thüringer Volksfreund (Sonnenberg): Die „Kameraden“ in den Kriegervereinen können „Roh“ sein, daß es angesichts solcher Erlebnisse, die nicht nur allein im sächsischen Armeekorps vorkommen, immer noch ausgedienten Soldaten giebt, die an dem Tausch der Kriegervereine ihre einzige Freude haben. — Dummheit und Heuchelei fordern halt auch ihre Opfer!

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

— Die Staatsanwaltschaft zu Nordhausen hat gegen das Urtheil des dortigen Landgerichts Revision angemeldet, welches den Redakteur Jllge vom Halle'schen „Volksblatt“ von der Anklage freisprach, durch den Artikel „Der Arbeiter eine tüchtige Faust und die Peitsche!“ aufgereizt und Staatseinrichtungen verächtlich gemacht zu haben. Es handelt sich um dieselbe Sache, in welcher das Halle'sche Landgericht den Genossen Jllge in einem Jahre Gefängniß verurtheilte. Das Reichsgericht hob seinerzeit dieses Urtheil auf und verwies die Angelegenheit zur anderweitigen Verhandlung nach Nordhausen.

— Genosse Berg in Zeitz sollte nach Ansicht des Staatsanwalts durch die Boykottirung einiger dortiger Lokale sich der Nötigung und des groben Unfugs schuldig gemacht haben. Sowohl das Zeitzer Schöffengericht wie das Landgericht zu Naumburg erkannten jedoch auf Freisprechung.

— Der Redakteur Hülle von der „Thüringer Tribüne“ wurde vom Landgericht Erfurt zu 3 Monaten Gefängniß verurtheilt, weil er durch Abdruck des Liedes „Halte Wort“ die Soldaten des deutschen Heeres zum Bruch des Fahnen-Eides und der Reichs- und preussischen Staatsbeamten zum Bruch ihres Dienst-Eides aufgefordert haben sollte. Im letzten Verse dieses Liedes fordert der Dichter auf, einen erzwungenen Schwur, dem „Fürsten- oder Passentum“ für's ganze Leben zu dienen, nicht zu halten. Hülle erklärte in der Verhandlung, die behaupteten Vergehen könnten in dem Gedicht um so weniger enthalten sein, als weder der Fahnen-Eid der Soldaten, noch der

Dienst der Beamten sie zu lebenslänglicher Dienstleistung verpflichten und was mindestens die letzteren anbelange, bei ihnen doch von keinem erzwingen Eide die Rede sein könne. Das half aber Alles nichts. Das Gericht ging in Gegenseitigkeit über den Antrag des Staatsanwalts hinaus, welcher nur 4 Wochen Gefängnis beantragte. Revision ist angemeldet. — Die Verurteilung gegen ein Erkenntnis, das ihn wegen Verleumdung eines Schneidemeisters zu 30 M. Geldstrafe verurtheilte, wurde verworfen. Gegen Hülle schweben außer den vorerwähnten noch neun Klagen.

In Jchtershausen (Thüringen) sollte Redakteur Adolf Hoffmann aus Jch über das Thema: „Die zehn Gebote und die bestehenden Massen“ referieren. Als die Versammlung kurze Zeit im Gange war, erklärte der Ortschulze, die zehn Gebote hätte er bereits in der Schule gelernt, darüber brauche Hoffmann hier also nicht zu reden, und schloß die Versammlung. Punktum! Beschwerde gegen diese absonderliche Amtshandlung wird selbstverständlich geführt.

Lokales.

Von den Verpflegungstationen. Einer, der's prallisch durchgemacht hat, sendet uns ein Tagebuchblatt aus seinem Handwerksburschenleben mit dem Ersuchen, aus dem Kapitel von den Verpflegungstationen unseren Lesern Einiges mittheilen zu wollen. Wir kommen diesem Ersuchen nach und lassen den Handwerksburschen, oder wie die bürgerliche Presse sich ausdrücken würde, den „Stroh“ selbst reden: Ich bin Tapeziter und mußte im Februar vor einigen Jahren Berlin verlassen, weil es mir absolut nicht gelingen wollte, in irgend einer Werkstätte Arbeit zu bekommen. Mein Rothgroschen war auf — 79 Pfennig zusammenschmolzen und mit diesem „Kapital“ in der Tasche ging ich „auf die Walze“ in der Hoffnung, in der Provinz Arbeit und somit Brot zu finden. Ich kam aber aus dem Regen in die Traufe. In Berlin war die Beschäftigungslage groß, in der Provinz noch bedeutend größer. Mein „Kapital“ war natürlich schon am zweiten Tage aufgebraucht — und jetzt mußte der Leidensengel enger geschnallt werden, denn es ging mächtig ans Hungern. Nachts wurde in Scheunen kampirt, in denen meist eine bittere Kälte herrschte. Unter Einberuhungen aller Art hatte ich endlich das Städtchen M. erreicht, wo eine Verpflegungstation existierte. Das war auch äußerlich zu bemerken, denn an jeder Werkstätte fand sich ein Schild mit den Worten: Umschau verboten! Unterstüßung im Rathhause! Ich mochte nun etwas erbarmungswürdig aussehend, in dem einfachen Anzuge Klappe ich vor Prosi. Die Leute hätten mir wohl gern warmes Essen gegeben, sie getrauten sich aber nicht, denn wenn es der Gendarm sieht, werden wir noch bestraft. Ich mußte also nach dem Rathhause treten und wurde von da nach der Herberge geschickt. Hier traf ich mehrere Leidensgenossen, denen schon das Wasser im Munde zusammenlief, denn man hatte ihnen gesagt, sie würden bald „warmes Abendessen“ erhalten. Das wurde denn auch bald aufgetragen, es bestand aus — Pellkartoffeln und Hering! Die Kartoffeln waren ertroren, der Hering schmeckte wie ihrangiges Del. Nachdem uns die Papiere abgenommen worden waren, konnten wir „zu Bett“ gehen, d. h. die Stube wurde ausgefegt und aus dem Hofe Stroh geholt, wo dasselbe in einer Ecke unter Eis und Schnee gelegen hatte. Das Stroh wurde ausgebreitet, als Kopfkissen diente ein Brett, das war das Nachtlager. Wer in einem Bett schlafen wollte, mußte 25 Pfennige extra zahlen. Früh um 6 Uhr wurde geweckt. Zum Frühstück gab es Rindfleischbrühe und eine Schrippe. Um 1/2 7 Uhr kam der Polizist und holte die „Pennbrüder“ nach der Polizei, weil sie das „aberdienen“ sollten, was sie verweigert hatten. Der Polizeikommissar war ein gestrenger Herr, er hatte so seine eigene Polizei-Auffassung von der Würde seines Amtes. „Wie viel Stroche bringen Sie?“ herrschte er seinen Untergebenen an. „Ein Duzend, Herr Kommissar.“ „Was soll ich mit den Banditen anfangen? Lassen Sie die Hunde arbeiten, bis sie schwitzen. Die Gesellschaft ist nur faul, sonst würde sie sich bei der Kälte nicht auf der Straße herumtreiben.“

Gegen diese wunderbare Auffassung war nichts einzuwenden und so wurden wir zur Arbeit getrieben. Einige mußten die Straße kehren, die Anderen die Kirche reinigen, die Dritten Holz hacken. Um 11 Uhr waren wir mit unserem Pensum fertig, wir hatten also 4 Stunden gearbeitet. Dann ging's wieder zu dem Kommissar, der inzwischen die Papiere durchgesehen hatte. Zwei meiner Leidensgenossen hatten acht Tage lang die berühmten Verpflegungstationen nicht benutzt und das mußten sie büßen. „Ihr verfl. . . . Kasunten, wo habt Ihr Euch herumgetrieben.“ Gestohlen habt Ihr Bande.“ Die beiden armen Kerle wurden in Haft genommen, bis sich herausgestellt hatte, wovon sie während der acht Tage gelebt hatten. Wir anderen konnten unserer Wege gehen. Wir hatten 4 Stunden gearbeitet und dafür ein miserables Abendessen erhalten und auf dumpfigem Stroh schlafen können. Wollte man das zifferngemäß nachrechnen, so würde es sich herausstellen, daß die Station noch etwas dabei verdient haben muß.

Und so sieht's überall in den vielgerühmten Verpflegungstationen aus. Ja P. . . sollte ich eingesperrt werden, weil ich für Hering und Kartoffel und ein Nachtlager auf Stroh nicht länger wie zwei Stunden arbeiten wollte. Mich reitete vor dem Loch nur der Umstand, daß ich Berliner war und meine Vertheidigung mit großem Geschick führte. In einem Dorfe in der Nähe von P. . . wurde ich bei 10 Grad Kälte ins Spriehaus gesperrt, weil ich beim Schulzen um ein Nachtlager im Stall gebeten hatte. Rehnliche Zustände herrschen im ganzen Reich. Die Verpflegungstationen sind doch nur deshalb errichtet worden, damit der biedere Bürger nicht zu oft durch einen bettelnden Handwerksburschen in seiner Ruhe gestört werde. Man dirigirt einfach die Arme der auf der Landstraße umher Laufenden von einer Verpflegungstation nach der anderen, lüftet sie nothdürftig ab, läßt sie auf Stroh schlafen und schiebt sie bis zur nächsten Station weiter. Das ist der Kern dieser „menschenfreundlichen“ Einrichtung!

Ein offenes Geständnis. In einem Innungsorgane äußert sich der Verfasser einer Vorlesung des bevorstehenden Handwerkerfestes in Berlin u. A. in folgender beachtenswerthen Weise: „Wenn ich oben von gewissenhaften Meistern gesprochen habe, so darf es nicht unerwähnt bleiben, daß es auch sehr viele gewissenlose Meister giebt, und sogar in den Innungen, welche ihre Pflicht in der unverantwortlichsten Weise an den ihnen von den Eltern übergebenen Lehrlingen verstoßen. Der Lehrling ist das Karnikel im Hause, das Mädchen für Alles, und wird mehr als Handknecht oder Laufbursche verwendet. Manchem Vater oder mancher Mutter würde das Herz bluten, wenn sie wüßten, wie wenig sich der Meister um ihren hoffnungsvollen Lehrling kümmert. Der Lehrling besucht keine Fortbildungsschule, weil der Meister ihm keine Zeit dazu giebt, und in den meisten Fällen selbst kein Verständnis dafür hat. Die Folge ist, daß der Junge in einigen Jahren das Meiste von dem vergessen hat, was er in der Schule gelernt hat.“ — Wir haben dem kaum etwas hinzuzusetzen.

Der Zentralverein für Arbeitsnachweis hält seine „Dienststunden“ auf das Strengste inne. Als Dienstag früh 1/2 8 Uhr zwei „Eingeschriebene“, d. h. solche, welche für Zahlung der üblichen Gebühren in das Riesen-Arbeitsnachweis-Register eingetragen worden waren, die Vorhalle betreten, bekamen sie von einem der feudalen Angestellten sofort einen kurzweiligen Anschauungs-Vortrag. „Machen Sie, daß Sie raus kommen. Immer raus — kommen Sie um 8 Uhr wieder!“ Als ein etwas weniger

schroffer Ton verlangt wurde, machte der Angestellte Aufsalten, die Arbeiter gewaltsam an die frische Luft zu befördern. Der Vorleser des Vereins hat nun zwar im „Vornwärts“ erst erklärt: Ich halte streng darauf, daß seitens des Aufsichtspersonals den Besuchern des Instituts wohlwollend entgegen gekommen wird. Das galt allerdings in erster Linie für die Angestellten der Warmhalle, aber die des Arbeitsnachweises können sich gestrotzt auch ein Exempel daran nehmen. Auf jeden Fall erscheint es angebracht, wenn solche Rücksichtslosigkeiten an die Öffentlichkeit gelangen. Die Leiter dieser Unternehmen sehen dann wenigstens, daß das Personal ihre humanen Intentionen nicht durchzuführen will. Und erst dann ist die so dringend gebotene Abhilfe zu erwarten.

Unter den Briefen scheint es ebenfalsche Postbengel zu geben, wie unter den Menschen. Wenn einmal ein solcher „pechöser“ Brief seinen Adressaten verfehlt hat, dann kann sich die gesamte deutsche Reichspost mit ihrer vielgerühmten „Sündigkeit“ auf den Kopf stellen, der Brief aber kommt doch nicht an seine richtige Adresse. Ein solcher Unglücksbrief liegt vor uns. Das Kouvert ist mit Fetten und Klängen besetzt und mit allen möglichen behördlichen Notizen versehen und sieht aus, als ob es die Reise um die Welt durchzumachen gehabt hätte. Ausgegeben war der Brief in Cornwall am Dufion (U. S. A.) und adressirt an eine Arbeiter im Feuerwerk-Laboratorium in Spandau. Der Adressat war inzwischen nach Berlin, S. . . . Straße 12a, verzogen und hatte dem Spandauer Postamt seine neue Adresse auch mitgeteilt. Der dortige Briefträger verlor das Kouvert mit dem Vermerk: Adressat verzogen nach Berlin, S. . . . Straße Nr. 11 oder 12. Der Brief wanderte nach Berlin und dann wieder zurück nach Spandau, denn auf dem Kouvert steht: Adressat S. . . . Straße 11 unbekannt. Nicht gemeldet. Polizeilich bestätigt. In Spandau erhielt der Brief zunächst eine Allogne angeklebt und auf dieser heißt's an erster Stelle: Adressat bestimmt nach Berlin, S. . . . Straße 12a, Hinterhaus 2 Tr., verzogen. Also zum zweiten Mal nach Berlin. Hier wieder der Vermerk: Adressat ist S. . . . Straße nicht zu ermitteln. Polizeilich bestätigt. Nicht zu ermitteln. Einw.-Melde-Amt. Endlich noch mit grüner Tinte die schwer zu lösende Frage: Anderer Nachweis möglich? Da die Post überzeugt gewesen sein muß, daß sie hier vor der Erfüllung einer unmöglichen Aufgabe stehe, ist der Brief zum zweiten Mal nach Spandau zurückgeschickt worden, so daß er also die Räume des Spandauer Postamts zum dritten Mal kennen zu lernen das Vergnügen hatte. Inzwischen hatte aber der Adressat in Erfahrung gebracht, daß ein Brief für ihn wiederholt in dem Spandauer Postamt aufgelaucht sei und so theilte er diesem seine Adresse nochmals mit. Das war denn auch von so durchschlagendem Erfolg begleitet, daß die Jersfahrten des Briefes endlich aufhörten und derselbe seinem Empfänger zugeflogen wurde. Wäre aber der günstige Zufall nicht dazwischen gekommen, dann wäre das Schreiben wohl wieder über das „große Wasser“ zurückgewandert, da der Absender auf der Rückseite des Kouverts seine Adresse vermerkt hat. Etwas boshaft läßt unser Gemüthsarzt seiner Mittheilung hinzu: Wenn also schon die Post so außerordentlich „sündig“ sein soll, so ist die Steuerbehörde noch sehr viel „sündiger“, — der Steuerzettel hat meine Adresse noch nie verfehlt!

Heber die Reste des Wendischen im Berliner Dialekt entnehmen wir dem „Bar“: Im Berliner Dialekt, wenn man so sagen darf, sind nur wenige Reste des Wendischen. Wenn ich nicht schon die Bezeichnung „Latschen“ in ihrer dreifachen Bedeutung aufgefalle? Der in den großen Latschen latschende Schusterjunge hat seinen Gegner eine Latsche, und was für eine! — Die Ohrspeise heißt im Wendischen laca (latsch); ohrlaigen lacanus, licus und wulacowas; schlendern lazys; schlappen, schleifen lac und looys; der unschlässige Mensch lacack. Mit diesen Hilfsmitteln kann man sich wohl durch das Latschen hindurchwinden. — Du sollst nicht stolzen! ruft die besorgte Mutter dem mit einem glimmenden Stäbchen spielenden Kinde entgegen. Kolk (sprich kohl) heißt das Stäbchen, das Streichholzchen. Ob nun der Ausdruck „kohl“, das heißt also mit Stäbchen spielen, aus jener Zeit stammt, wo das Feuer auf die primitivste Art dem Holze entlockt wurde, oder ob er neueren Datums und somit importirt ist, vermag ich nicht zu entscheiden. — In Berlin wird oft „ein Pluntsch“ gemacht. Die heidnischen Wenden hatten einen Göhen mit unzähligen, aufgeworrenen Rippen und häßlichem Gesicht. Namens Plintsch, an den ein in der Niederlausitz beliebtes Gedächtnis zu erinnern scheint. Im Branitzer Park bei Rottbus befand sich vor Jahren an einem alten Baume eine Tafel mit der Inschrift: „Hier wurde dem Göhen Plintsch geopfert.“ Manche behaupten nun, es habe überhaupt keinen wendischen Gott Plintsch gegeben. Das soll uns aber nicht abhalten, die Ansicht auszusprechen, daß „ein Pluntsch machen“ soviel besagen mag als „einen Plintsch machen“, oder gar einen Plintsch, der ja sprachlich und nach indogermanischem Begriff mit ihm nahe verwandt ist.

Daß das Naturleben immer im und am Wasser beginnt, kann man jedes Jahr beobachten. Gegenwärtig balzen die Schwäne an der Spree und entsalten dabei alle ihre Charaktereigenschaften. Auch die Fische sind theilweise aus ihrer winterlichen Erstarrung im Schlamm des Grundes erwacht und „steigen“, einzelne kräftige Hechte, „sieben“ sogar schon, um zu laichen, wie die Schiffer behaupten. Die sonst so bebenden Ränder erscheinen noch völlig schlaftrunken und sind in kleinen, seichten Gewässern selbst mit der Hand leicht zu erlangen, während sie in größeren mit der Hechtgabel gestochen werden. Obgleich der Thiergarten noch einer stichtigen vielgliedrigen Winterlandschaft gleicht, birgt er doch schon Blüthen. Die große Kornelkirsche (Cornus masculina) an der Brücke zur Louise-Insel, unfern der Thiergartenstraße, hat infolge ihres günstigen Standes am Wasser unter Mitwirkung der milden Witterung eine außergewöhnliche Fülle von Blüthenknospen entwickelt, die sich tagsüber bereits theilweise entfallen, sich aber gegen Abend wieder schließen. Unter den Bliedsträuchern einzelner Gärten präsentirt Calycanthus praecox, die Winterblume, ihre ansehnlichen gelben Blüthen, während auf Friedhöfen die grüne und weiße Nießwurz florirt.

Aus „Berlin bei Nacht“. Unsere Leser erinnern sich gewiß der wunderbaren Mär vom „Goldonkel“, welche wir vor einigen Monaten nach den Mittheilungen der hiesigen Kriminalpolizei erzählten. Drei jener „Damen“, die nur bei Nacht auszugehen pflegen, machten sich damals durch unverhältnismäßig hohe Geldausgaben verdächtig. Zwei derselben wurden festgenommen, die dritte, eine Oesterreicherin, war bereits nach Wien verhaftet. Die beiden verhafteten Nachtvögel erzählten nun eine ganz merkwürdige Geschichte, wonach sie einen fremden Herrn in einem hiesigen Kaffee kennen gelernt, mit demselben Champagner getrunken und das Juchgeloge in der Wohnung einer der „Damen“ noch fortgesetzt hätten, wohin sie mit ihrem neuen „Freunde“ und diversen Flaschen Selt per Droschke gefahren seien. Beim Abschiede hätte der Fremde jeder von ihnen die Summe von 800 Mark, zusammen also 2400 Mark gefordert. Diese romantisch klingende Erzählung mußte man für richtig halten, nur konnte der „Goldonkel“ damals nicht ermittelt werden, und in der Annahme, daß dieser, vielleicht ein Ausländer, wohl inzwischen weitergereist sei, entließ die Kriminalpolizei die Mädchen, welche übrigens das geschulzte Geld in einer ziemlich vernünftigen Weise, nämlich in erster Linie zur Zahlung von Schulden, verwandt hatten. Jetzt hat sich nun aber die Sache aufgeklärt, und zwar hat sich ein recht überraschendes Resultat ergeben. Das Geld, nicht 2400, sondern 9000 Mark, ist jenem „Herrn“ gestohlen worden, und dieser hinwiederum hat sich nicht gemeldet, weil er seine guten Gründe dafür hatte: er hatte das Geld nämlich selber gestohlen.

Am 17. v. Mts. logirte nämlich in einem hiesigen am Schiffbauerdamm belegenen Hotel ein Mann, der sich Kaufmann Kaufka aus Prag nannte und nach einigen Tagen ohne Bezahlung

seiner Hotelrechnung wieder verschwand. Er wurde indeß vierzehn Tage später ermittelt und sistirt. Der Polizeibehörde gegenüber erklärte er, der Student Georg Jander zu sein. Indeß auch diese Angabe erwies sich als falsch, da es gelang, festzustellen, daß man es mit einem Postdefraudanten zu thun hatte, nämlich dem Postkommis Gläesener aus Luxemburg, der im November v. J. aus drei bei einem dortigen Postamt eingelaufenen Einschreibebriefen den Betrag von 16 000 M. entnommen und dann aus Luxemburg flüchtig geworden war. Gläesener hatte sich damals direkt nach Berlin gewandt, woselbst er eine Kellnerin kennen lernte, mit der er Lustreisen nach Wien, Prag zc. unternahm. Dabei verpraßte das Pärchen die Summe von 7000 M.! Den Rest der 9000 M. haben ihm die oben erwähnten „Damen“ in der Wohnung einer derselben gestohlen, wohin der stark Angetrunkenen mitgeföhren war. Als er die drei „Grazien“ verließ, war Gläesener völlig mittellos — wie gewonnen, also zerronnen! Das weibliche Klebblatt fühlte sich inzwischen wieder sicher; denn auch die Oesterreicherin hatte in der Meinung, daß die „Luft rein“ sei, ihr Domizil wieder hier aufgeschlagen. Jetzt schmachten alle drei hinter den vergitterten Fenstern des Polizeigefängnisses und zehren von der Erinnerung an jene schöne Stunden, die sie mit dem „Goldonkel“ verlebte. Ihren Betheuerungen, daß das Geld, dessen Betrag sie heute nicht mehr wissen, ihnen doch geschenkt worden sei, glaubt die Behörde nicht, wohl aber der Angabe der Wienerin, daß sie von dem Raube nicht 800, sondern 2800 Mark „abbekommen“ habe. Für die Luxemburger Postbehörde ist die jetzt endlich aufgeklärte Affäre immerhin sehr fatal, da die 16 000 Mark so ziemlich ganz den Weg allen Fleisches gegangen sind. Nur ein Paar Brillant-Ohringe, Plüsch- und Pelz-Jackets sind in der Wohnung der Mädchen beschlagnahmt worden, und an diese letzten Reste einstiger Herrlichkeit wird sich die Luxemburger Behörde halten können.

Verhaftet worden ist in Malchin in Mecklenburg, wie hierher mitgetheilt worden ist, ein Mensch, welcher sich zuerst lautstimm heulte, später aber sich zu der Angabe bequeme, daß er David Cohn heiße. Er führt sowohl auf diesen, als auch auf die Namen Grohmann und Schröder lautende Papiere mit sich. Ferner ist aus einer bei ihm vorgefundenen Sammelliste zu entnehmen worden, daß der Genannte in Berlin große Summen durch Vorpflegungen einzuziehen verstanden hat. Die Behörde ist bemüht, den richtigen Namen zu ermitteln. Vielleicht handelt es sich um den Hochkapler, der kürzlich hier in Berlin öffentlich gekennzeichnet wurde.

Erklärliches Aussehen erregte die dieser Tage erfolgte Verhaftung der in der Bellealliancestraße wohnhaften Hebeame D., welche dringend verdächtig ist, ein Verbrechen an Leinwand em Leben begangen zu haben. Ein Bräutigam, der seine Braut, eine jugendliche Tochter aus einer hiesigen geachteten Familie, der Frau D. zugeführt hatte, nachdem er von einer anderen Hebeame, der er ein gleiches Ansehen gestellt hatte, abgeworfen worden war, hat die Entdeckung des Verbrochens auf eigenhämliche Weise selbst herbeigeföhrt. Nach beendetem „Krum“ ging er zu der lehrerwähnten Hebeame und erzählte dieser triumphirend, daß er seinen Willen doch durchgesetzt habe, und gab dabei die Adresse der verbrocherischen Hebeame preis. Auf diese Weise kam die Angelegenheit zur Kenntniss der Behörde, welche die Verhaftung der „Kugen Frau“ veranlaßte.

Ein Durchgänger wird aus Leipzig hierher signalisirt. Es ist der Kammerist Georg Dönike, der mit 7000 M. am 9. v. M. von dort geföhren ist. D. ist 24 Jahre alt. Er pflegt einen Stahlkammer zu tragen. Als besonderes Kennzeichen wird ein linsengroßer Fleck an einer Schläse angegeben.

Von einer merkwürdigen Erpressungsgeschichte macht die „Allg. Fleischerz.“ Mittheilung. In den Freizeitalben von J. Muntigel in der Kesselstr. 41 kam dieser Tage eine etwa dreißigjährige blonde Dame und ließ sich von dem sechsundzwanzigjährigen Pri. Muntigel frisiren. Plötzlich erklärte die Dame, sie fühle sich sehr unwohl und bat um eine Tasse schwarzen Kaffees. Das junge Mädchen war gern bereit, der Fremden gefällig zu sein und ging durch das für die männlichen Kunden bestimmte Zimmer, das zufällig leer war, in die Wohnräume, um schnell den Kaffee zu bereiten. Die Dame folgte ihr alsbald, und als sie sich mit dem jungen Mädchen allein sah, bat sie dasselbe, ihr doch die Uhr und Kette, die Pri. Muntigel trug, zu leihen — sie müsse sie haben, denn sie müsse sich damit bei der Direktion des Friedrich-Wilhelmstädtischen Theaters, wo sie engagirt werden solle, vorstellen. Die seltsame Wittkellerin unterstüßte ihr Gesuch sehr nachdrücklich, indem sie das Mädchen mit einem Revolver bedrohte. Das eingeschüchterte Mädchen mußte sich wohl oder übel entschließen, der Fremden Uhr und Kette auszuliefern. Die unheimliche Dame nahm die Sachen dankend in Empfang und ließ als Pfand ein unedles Armband und den sechsälufigen geladenen Revolver zurück. Sie hat Uhr und Kette noch nicht zurückgebracht. Die seltsame Sache wird jetzt von der Polizei weiter untersucht.

Ein schweres Geschie hat den Schlächtermeister Porsch, Waldemarstr. 77, betroffen. Witten in der Arbeit, bei der er stark dem Zuge ausgeföhrt war, ist der noch jugendliche Meister plötzlich erdindelt. Ein Versuch, durch eine Operation ihm die Schwere wieder zu gewinnen, ist leider erfolglos geblieben. Da seine Frau, wie die „Allgemeine Fleischer-Zeitung“ mittheilt, nicht in der Lage ist, das Geschäft allein zu führen, so muß Porsch, der seit sechs Jahren erst etablirt ist, sein Geschäft aufgeben.

In der Köpenicker Mordsache fanden am gestrigen Donnerstag wieder zahlreiche Zeugenvernehmungen statt, obwohl die Sache in der Hauptsache aufgeklärt ist. Es hat sich herausgestellt, daß Ruttle erst in den Morgenstunden gegen halb 5 Uhr über die Lange Brücke gegangen ist, so daß es den Anschein gewinnt, als hätte sich das Mörderpaar während der ganzen Nacht am Orte des Mordes aufgehalten, um erst die vierte Morgenstunde abzuwarten, damit sie nicht von einem Nachtwächter angehalten werden konnten, weil diese in der Regel nach Hause gehen, sobald sie 4 Uhr abgepfiffen haben. Auf diese Weise erklärt es sich erst, daß die Mörder vom Orte der That nach der Wohnung der Schütt gelangen konnten, ohne von irgend Jemand gesehen zu werden. Außerdem kamen bei der erneuten Zeugenvernehmung verschiedene schwere Diebstähle in Betracht, welche dem Ruttle zur Last gelegt werden.

Polizeibericht. Am 11. ds. Mts. wurde ein Schneider in seiner Wohnung, in der Eisenbahnstraße, mit einer tiefen Schnittwunde am Halse, die er sich selbst beigebracht hatte, aufgefunden und nach Anlegung eines Verbandes nach der Charite gebracht. — Vor dem Hause Potsdamerstraße 96a wurde Vormittags eine Frau von einem Geschäftswagen überfahren und am Kopf und am Arm so bedeutend verletzt, daß ihre Ueberführung nach dem Elisabeth-Krankenhaus erforderlich wurde. — Am Kronprinzen-Ufer, nahe der Eisenbrücke, stürzte sich Mittags eine Frauensperson in die Spree, wurde jedoch noch lebend aus dem Wasser gezogen und nach der Charite gebracht. — Auf dieselbe Weise versuchte Nachmittags eine Frauensperson ihrem Leben ein Ende zu machen, indem sie gegenüber dem Grundstück Weidenbamm 1 in die Spree sprang. Auch sie wurde gerettet und nach der Charite georacht. — Im Laufe des Tages und in der darauf folgenden Nacht fanden sechs Brände statt.

Geriichts-Beitung.

Eine Anklage wegen Brandstiftung beschäftigte gestern das Schwurgericht hiesigen Landgerichts I. in mehrstündiger Verhandlung. Der Angeklagte, Korbmachermeister Theodor

Parteinachrichten.

Der preussische Volksschul-Gesamtversammlungsbericht der sozialdemokratischen Presse.
 Sächsische Arbeiterzeitung: Von einem ernstlichen Konflikt zwischen den verschiedenen Richtungen der Bourgeoisie ist bei Lichte besehen, überhaupt nicht zu reden; im Grunde will der liberale Geldsack dasselbe, wie der konservative Geldsack; beiden ist die Kirche gut für das dumme Volk, beide wollen konfessionellen Volksschul-Unterricht, beide wollen, daß die Staatsmacht dafür sorgt, daß die Religion dem Volke erhalten bzw. wiedergegeben werde. . . . Wenn daher auch die Liberalen ein großes Geschrei erheben, so lasse man sich dadurch nicht täuschen; es ist ein Sturm im Glase Wasser und auch dieser Sturm wird bald ausgeföhrt haben. . . . Während die Liberalen zwischen den Erinnerungen an ihre freiheitliche Vergangenheit und der Angst vor der Sozialdemokratie hin und her schwanken und sich daher, wie es allen „halben Menschen“ geht, sehr ungemüthlich fühlen, sind die Konservativen, die Bruta-Orthodoxen nicht von Erinnerungen und Bedenken irgendwelcher Art angekränkt, sie sind die Konsequenten, sie wollen etwas Ganzes, nämlich die gänzliche Einschränkung des Volksgesetzes in die Hände des Kirchenthums, was natürlich nur Mittel sein soll zur Abtötung der Ansprüche der Arbeiter und zur Aufrechterhaltung der junkerlich-kapitalistischen Ausbeutungsherrschaft. Wenn daher die „Kreuz-Zeitung“ den Kampf, der sich jetzt wegen der preussischen Volksschule abspielt, als ein Vorpostengefecht zu dem künftigen großen Kriege zwischen Christenthum und Atheismus bezeichnet, so ist das eine doppelte Verdrehung. Einestheils werden die Liberalen, welche jetzt von der „Kreuz-Zeitung“ belächelt werden, bald das Händgefalten und Gebetbüchlein ebenso gut verstehen wie die „Kreuz-Zeitung“ selbst und es werden als „Atheisten“ nur die bösen Sozialdemokraten übrig bleiben. Andererseits ist nichts albernere als die Redensarten von Christenthum und Atheismus, darum handelt es sich gar nicht und mit diesen bloßen Worten ist gar nicht gethan. Was die „Kreuz-Zeitung“ Christen nennt, nämlich ihre eigenen Hintermänner, das sind Leute, die wohl Christi Namen im Munde führen, die vielleicht viel in die Kirche laufen und die Augen fromm aufschlagen, aber die Lehre Christi, seine Gebote der Nächstenliebe treten diese pfäffischen Junker mit Füßen, vertheuern dem Arbeiter und dem Landmann sein täglich Brot und benutzen in abgefeimtester und unchristlicher Weise den Namen des Christenthums dazu, um die Massen des Volkes in Unwissenheit und Untermüthigkeit zu erhalten. Das Wort „Atheismus“ aber ist ein bloßes Schlagwort, eine höfliche Phrase, mit der man den Auerfahrenen vor der Sozialdemokratie grinsen machen will. Wenn man nicht jede fabelhafte Erzählung des Alten und Neuen Zeitalters glauben mag, so ist man deshalb kein Atheist; jeder Mensch macht sich seine Gedanken über das Wesen unserer Welt, über den Werth alles menschlichen Daseins und dergleichen mehr; Hunderte von bedeutenden Philosophen, Religionsstiftern und Naturforschern haben die verschiedensten Ansichten über Natur und Menschheit ausgesprochen; die Sozialdemokratie läßt einem Jeden über diese Dinge eine Ansicht, welche er mag, sie zwingt Niemanden, sich zu einem ganz bestimmten Bekenntniß zu bekennen; sie wirkt sich nicht zum Richter darüber auf, ob die Ansichten der Philosophen Plato oder Kant richtiger sind als diejenigen der buddhistischen oder katholischen Religion oder als diejenigen der neuen Naturforscher, eines Du Bois-Reymond oder Helmholtz. Das sind Fragen, die der einzelne Mensch mit sich selbst abzumachen hat und wegen derer Niemand den Anderen verdammen soll. Am wenigsten aber soll die Schule dazu dienen, eine bestimmte, vielleicht von der Mehrzahl des Volkes für ganz falsch angesehene Lehre den Kindern einzupropfen. Deshalb fordern die Sozialdemokraten mit Recht, daß in der Schule über alle solche verschiedene Ansichten nur historisch und objektiv berichtet werden soll; wenn irgendwelche Volksschullehrer das Bedürfnis fühlen, für eine bestimmte Lehre einen besonderen Kultus einzuführen, so mögen sie das getrost thun, Niemand wird sie hindern, aber der Staat, d. h. die gesammte Gesellschaft soll nicht für die Bedürfnisse einiger Weniger mit seiner Macht und seinen Geldmitteln eintreten. Die eifrigen Verteidiger des Christenthums stellen demselben wahrlich ein sehr schlechtes Zeugniß aus, wenn sie glauben, daß es nur durch Zwang und Druck erhalten werden könne; wenn das Christenthum wahrheitsvoll ist, so wird es sich vermag seiner inneren Kraft auch ohne Staatshilfe entfalten. Man sieht an alledem, was es mit dem Gesankter der orthodoxen Junkerblätter auf sich hat. Christen nennen sie sich und behaupten dabei das Volk in ungeheurerlicher Weise aus; Atheisten nennen sie diejenigen, die ihrer Mißwirtschaft ein Ende machen wollen, um sie bei den gläubigen Gemüthern verächtlich zu machen. Christen nennen sie sich, indem sie gegen alle Andersdenkenden hehen; als Gottlose bezeichnen sie alle diejenigen, welche Jeden denken und glauben lassen, was er will, welche aber nicht eher ruhen werden, als bis sie für Alle, gleichgültig zu welchem Glauben oder zu welcher Philosophie man sich bekenne, das Ende der Ausbeutung herbeigeführt haben werden.

Der Düsseldorf Sozialdemokratische Verein hat einen Aufruf erlassen, welchem die Pflicht obliegt, gelebte Parteiprogramme und Zeitungen, die ihm zugesendet werden, an ländliche Genossen zur Agitation abzusenden.

Magdeburg's Bevölkerung ist bekanntlich, wie die Reichstagswahl ergab, in ihrer Mehrheit sozialdemokratisch. Der dortige Magistrat that aber so, als wüßte er das nicht. Zur Verhütung des Ortsstatuts für das zu schaffende Gewerbegericht lud er nicht die Arbeiterklasse in ihrer Gesamtheit und damit die Sozialdemokratie ein, sondern nur die Hirschkundler an.

Die Magdeburger Arbeiterschaft wird darauf die nötige Antwort geben, indem sie in das Gewerbegericht nur Sozialdemokraten wählt. Andere Leute können ihr nicht das Geringste nützen.

Einem allgemeinen Gemeindevertretertag Sachsen geht die Kommission der sozialdemokratischen Gemeindevertreter am 20. April abzuhalten. In Anlehnung an die Vorschläge, welche die Konferenz sächsischer Gemeindevertreter am 18. August in Döhlen aufstellte, hat die Kommission beschlossen, vornehmlich weiterer Vorschläge, die jeder einzelne Gemeindevertreter machen kann, folgende Punkte auf die Tagesordnung zu setzen:

1. Ist eine Revision der residierenden Landgemeindevorstände notwendig, und wenn ja, in welchen Punkten?
 2. Welche Mittel und Wege sind notwendig, um die immer mehr steigenden Lasten der Landgemeinden zu mildern?
 3. Anträge aus der Mitte der Versammlung.
- Zu diesem Gemeindevertretertag sind alle Vertreter sächsischer Landgemeinden ohne Ausnahme und unbeschadet ihrer Klassen- und Parteizugehörigkeit eingeladen. Um eine möglichst klare Uebersicht über die Behandlung der in vorstehender Tagesordnung

niedergelegten Gesichtspunkte zu erhalten, ist es notwendig, daß sich die Gemeindevertreter, welche an dem Gemeindevorstand theilzunehmen beabsichtigen, mit geeignetem Material rechtzeitig versehen und dasselbe möglichst bald, spätestens aber bis zum 6. April d. J. an den Vorsitzenden der Kommission, Georg Horn in Dresden-Löbtau, einsenden. Dieses Material hätte insbesondere zu bestehen: In Darlegung von wahrgenommenen Uebelständen in den Gemeinde-Verwaltungsangelegenheiten, über Steuern, Armen- und Schulwesen u. dergl. m.

Soziale Ueberlicht.

Nur Kritik der bürgerlichen Weltordnung.
 Der Deputation, welche dem Eilberfeld der Magistrat im Auftrage einer großartig besuchten Volksversammlung in Sachen der Arbeitslosigkeit vorstellig wurde, hat der Oberbürgermeister folgenden nicht weniger als tröstlichen Bescheid gegeben. Er wäre leider nicht in der Lage, vorläufig einer noch größeren Anzahl von Arbeitslosen Beschäftigung zu gewähren. Daran seien einestheils die Witterung, die zu frühe Jahreszeit, andertheils diejenigen Einrichtungen schuld, welche alle derartigen Angelegenheiten nur in der durch das Gesetz vorgeschriebenen Weise erledigen lassen. So sei es mit verschiedenen größeren Arbeiten, die noch alle die vorgeschriebenen Instanzen zu passieren hätten. Vor Beginn der besseren Jahreszeit könne also keinmal auf ihre Inangriffnahme gerechnet werden. Allerdings habe er die Hoffnung und sei es sogar sehr wahrscheinlich, daß das für den äußersten Westen der Stadt am Zoologischen Garten projektierte Strohhennel von etwa 20 Straßen baldigt zu Stande komme. In etwa 10 Tagen würden dann vielleicht noch gegen 200 Mann auf längere Zeit Beschäftigung erlangen. Außerdem sei er erfreut, daß ein Herr V. beabsichtige, auf seinem hinter dem Gergierplatz gelegenen Grundstücke mehrere Straßenanlagen ausführen zu lassen, es würde aber noch 14 Tage dauern, bis Arbeiter hierfür eingestellt werden könnten. Im Uebrigen könne er die Arbeitssuchenden nur auf den einzig zulässigen Weg verweisen, der darin bestehe, daß der Arbeitswillige sich zunächst bei dem Armenpfleger resp. Bezirksvorsteher seines Bezirks melde, dort um Arbeit nachzulegen habe, und wenn solche dort vorhanden, um Armenunterstützung einkommen solle. Diese würde ihm dann, wenn die Unterstützungsbedürftigkeit nachgewiesen, in der reglementarisch festgesetzten Weise gewährt werden. Einen anderen Ausweg gebe es nicht! Die Deputation erwiderte hierauf, daß die Stadtverwaltung doch von diesem Gerangel der Armenverwaltung absehen möge, und statt dessen etwa eine Zentralkasse, ein Arbeitsamt, welches unabhängig von der Armenverwaltung funktioniere, eingerichtet würde. Dieses Gesuch wurde damit motivirt, daß die Unterstützungsbedürftigen sich scheuten, mit der Armenverwaltung in Verbindung zu kommen. Ein gewisses Odium ließe nun einmal daran, weil derjenige, welcher auch nur ein einziges Mal die geringste Armenunterstützung empfangen, auf ein Jahr seine bürgerlichen Ehrenrechte verloren habe. Der Oberbürgermeister entgegnete, daß von Seiten der sozialdemokratischen Partei die politische Seite dieser Frage zu sehr betont werde! Wenn, wie er es sich wohl vorstellen könne, es einem jeden selbstbewußten Menschen schwer werde, sich zu diesem Schritte zu entschließen, so müsse doch die Rücksicht auf die Familie weit größer sein, als das Bedenken, eine Gabe der Armenverwaltung anzunehmen. Eine Organisation im Sinne der Antragsteller halte er für vorläufig unausführbar. Bei der Armenverwaltung müsse es einfach verbleiben, im Uebrigen nehme er Vorschläge in Betreff Beschaffung von Arbeitsgelegenheit, die ihm gemacht würden, dankbarst entgegen. Die Deputation machte darauf in einem Schreiben 13 Vorschläge, welche sich auf eine Anzahl kleinerer Arbeiten, wie Reparaturen, Wegeverbesserungen, Treppenanlagen, aber auch für größere Unternehmungen, wie Weiterausbau der Kanalisation, Eindeichung der Wupper, Neubau der Alexander- und Zsänderbrücke, Regelung des Neumarktes etc. beziehen. Das Schreiben schließt mit dem Satze: „Wir verkenne keineswegs, daß sich der Ausführung vorhin angeführter Punkte gewisse Schwierigkeiten in finanzieller wie in privatrechtlicher Beziehung entgegenstellen, wir sind aber auch der Meinung, daß dieselben mit Rücksicht auf den Nothstand überwunden werden können und müssen. Ferner möchten wir im Interesse der Arbeitslosen bitten, etwaige kommunalsteuer-Nachstände derselben nicht mit der ganzen gesetzlichen Strenge belzutreiben, sondern auch hierin mehr Rücksicht walten zu lassen.“ Der Oberbürgermeister ging die einzelnen Punkte durch, und gab seine Meinung über die vorgebrachten Angelegenheiten dahin ab, daß ihm die Ausführung vieler dieser Wünsche erwünscht sei, daß aber vor der Hand noch nichts zu machen sei, da die Vorarbeiten in den verschiedenen Instanzen erst verarbeitet und beraten werden müßten. Andere halte er insofern für unbedeutend, und einige für undurchführbar, weil dabei zu viele Privatinteressen seitens der Betheiligten vorhanden seien. Die Vorarbeiten sollten aber möglichst beschleunigt, z. B. sollen die Arbeiten an der neuen Quaststraße entlang der Wupper zwischen Zsänderbrücke und der Doppelsberger Brücke mit dem Monat Mai begonnen werden. Die Anregung, die Armenverwaltung möge dann doch denjenigen, die es über sich gewinnen, ihre Hilfe in Anspruch zu nehmen, ausreichen, deren Unterstützungen gewähren, als jetzt, wurde dahin erledigt, daß hierin die Verwaltung selbst zu entscheiden habe. Auf die Frage, von welchen Gesichtspunkten sich die Behörde in der Behandlung der Arbeitslosen leiten lasse, überreichte der Oberbürgermeister folgende von ihm selbst auf Papier niedergeschriebenen Worte: „Für die Entschleunigung der Stadtbehörde sind maßgebend: das Gesetz, das menschliche Mitleid und der gesunde Menschenverstand; hiernach wird verfahren werden.“ Auf die weitere Frage, ob die im laufenden Jahre der Stadt Eilberfeld auf Grund der lex Huono (Getreidezölle) überwiegenen 200 000 Mark, die doch zu 95 Prozent von der Arbeiterschaft aufgebracht worden, nicht zum Besten der Nothleidenden verwendet werden könnten, wurde mitgetheilt, daß dieselben „weg“ seien, d. h. genannte 200 000 Mark sind im städtischen Etat mit verrechnet worden, so daß auch hierin die Wohlhabenden Schichten in bedeutendem Maße profitieren auf Kosten der ärmeren Klassen. Da alle Vorschläge nicht zu greifbaren Ergebnissen geführt haben, so wurde zuletzt die Frage erörtert, ob nicht die Privatwohltätigkeit der besitzenden Klassen zu Gunsten der Armen ausgenutzt werden könne. Der Herr Oberbürgermeister bewies die Unmöglichkeit dieses Vorschlags, indem er sagte: „Sie können doch denken, daß jetzt, wo die Selbsteinsparung zur Einkommensteuer vorgenommen ist, die Wohlhabendern Schichten den Daumen fest auf den Geldbeutel halten! Jeder will warten und sehen, was für ihn dabei herauskommt!“ Auf die Einwendung, daß

es doch ein Eingeständniß sei, daß auch hierorts viele wohlhabende Leute bisher den Staat und die Allgemeinheit in Betreff Steuerzahlung geschädigt hätten, meinte der Herr Oberbürgermeister: „Ja, meine Herren, die edlen Männer waren und sind selten, welche ihr Vermögen auf dem Altare des Vaterlandes opfern!“ Auf den Vorschlag, daß doch andere Städte, wie z. B. Breslau, größere Summen zur Unterstützung der Arbeitslosen aufgewendet als Eilberfeld, erklärte der Herr Oberbürgermeister, daß diese Summe von den Zeitungen entstellte und die dortigen Vorkehrungen theilweise arg übertrieben seien. In Breslau sollten es 75 000 M. sein, in Wirklichkeit waren es 20 000 M.

Die Zahl der ausgesperrten Buchdrucker-Arbeiter, beträgt nach einer Schätzung des „Korrespondent“ zur Zeit noch 3500, wovon 500 Hilfsarbeiterinnen.

Die Lübecker Genossenschaftsbäckerei hat im vorstehenden Jahre einen bedeutenden Aufschwung genommen, wie aus dem in der letzten Generalversammlung vorgelegten Geschäftsbericht hervorgeht. Eigenthum der Genossenschaft ist: das Grundstück Köpferweg Nr. 65/67. Dasselbe besteht aus einem Wohnhaus, worin sich Komtoir und Brotlager befinden, einem Backhaus mit 4 Öfen, einer Scheune mit Pferde stall, einer Wagenschänke und einem unbedauten Areal von 700 Quadratmetern, ferner dem Mühlenbetriebe (Holl-, Windmühle, Dampfmaschine, Kessel mit Kesselhaus und Kornspeicher). Außerdem besitzt die Genossenschaft 7 Wagen, 5 Pferde, sowie alles zum Bäckereibetrieb nöthige Inventar. Am 1. Januar 1892 waren in der Genossenschaftsbäckerei beschäftigt: 2 Vorstandsmitglieder, 1 Buchhalter, 17 Bäckergehilfen, 4 Kutscher und 2 Arbeiter. In der Mühle: 1 Mühlenmeister und 2 Gesellen. Die Brutto-Jahreseinnahme des Jahres 1891 betrug:

Brutto-Jahreseinnahme des Jahres 1891 betrug:	M. 369 776,04
die Ausgabe:	345 627,87
so daß ein Gewinn von	24 148,17 verbleibt.
Hiervon wurden	4 067,01 z. Abschreibungen verw.
verbleibt	20 081,16 Nettogewinn.

In Anbetracht der ganz erheblichen Verbindlichkeiten, die im laufenden Jahre erfüllt werden mußten, beschloß die Generalversammlung, von der Vertheilung einer Dividende Abstand zu nehmen und den ganzen Nettogewinn dem Reservefonds zu überweisen. Die Jahreseinnahme des Jahres 1890 betrug M. 261 159,98, die Jahreseinnahme des Jahres 1891 M. 369 776,04, ergibt für das Jahr 1891 eine Mehreinnahme von M. 108 616,11. Bemerkenswerth ist noch, wie erheblich die Kornpreise in den verschiedenen Monaten von einander abwichen. Im Februar 1891 kostete 1 Saek Roggen (zu 200 Pf.) M. 16,50, ein dito Weizen M. 18,00. Dieser Preis hielt sich bis Ende März, alsdann stiegen die Preise erst langsam, dann rapide, so daß Ende August der Roggen 28-30 M., der Weizen 27-28 M. kostete. Sodann erhielten wir die neue Ernte, der Preis stellte sich für Roggen und Weizen auf 22,50-25,00 M. Dieser Preis hielt sich bis Neujahr. Am 23. Januar 1892 kostete der Roggen und Weizen 20,00-20,50 M.

Versammlungen.

Der **Veseklub „Karl Marx“** hielt am Sonntag in der Wodbrauerei eine von über 1500 Personen besuchte öffentliche Versammlung für Männer und Frauen ab, in welcher Genosse Theodor Meiner über die Ethik der heutigen Gesellschaft referirte. Der Redner erzielte für seine treffenden Ausführungen reichen Beifall. Unter „Verschiedenes“ schilderte Genosse Schütz das traurige Schicksal, welches unseren Genossen Peus betroffen hat, und tadelte auf's Schärfste das Verhalten des Magdeburger ersten Staatsanwalts Maizier in dieser Angelegenheit. Es wurde hierauf einstimmig beschlossen, eine Zellerammlung vorzunehmen, und als Zeichen des tiefsten Beileids der Frau Peus einen Kranz zu widmen und das Bureau zu beauftragen, denselben nach Dessau zu übermitteln. Der Ueberseh der Zellerammlung soll der Familie Peus überwiesen werden, die Sammlung ergab eine Summe von 84,15 M. Es ist dies die letzte Versammlung gewesen, welche der Veseklub „Karl Marx“ in diesem Frühjahr veranstaltete. Die zahlreichen sehr gut besuchten Zusammenkünfte geben dem genannten Verein die Gewißheit, daß derselbe seiner Aufgabe im vollsten Maße gerecht geworden ist und wohl hoffen darf, ein stets volles Haus zu haben, wenn im nächsten Herbst die Versammlungen fortgesetzt werden. Die Anwesenden blieben noch längere Zeit bei Vorträgen, Gesang und Tanz gemüthlich beisammen.

Der **Verein der Plätterinnen und verwandter Berufsgenossen** wählte in seiner letzten Versammlung folgende Mitglieder zu Krankenscheuern: für den Norden Fraulein Grothe, für den Osten Frau A. Schulz, für den Süden und Westen Fraulein Bamberg, ferner zur Revisorin Fraulein Brauer und zu Kontrollorinnen für den am 27. Februar im Saale der Brauerei Friedrichshain stattfindenden Maskenball die Damen Thiel, Wittner, Hing, Kennert, Schell und Lowag. Unter Verschiedenem wurde mitgetheilt, daß Sonntag, den 6. März, Vormittags 9 Uhr, für den Verein eine Vorstellung in der „Arana“ zu ernährten Preisen (à Person 50 Pf.) stattfindet, wozu 400 Billets angenommen worden sind, welche bis zum 25. d. M. abgesetzt werden müssen. Weiter wurde bekannt gemacht, daß der Vorsitzende Herr Mörhring jeden Mittwoch Abend von 6 1/2 Uhr bis 7 Uhr im Restaurant Peter, Holzmarktstraße 8, in Vereinsangelegenheiten zu sprechen ist.

Im **Verein deutscher Schuhmacher** schilderte am 8. Februar Herr Zerk in einem Vortrage über Sibirien treffend das russische Verbannungssystem. Im Verschiedenen wurde auf den am 21. Februar in Zoil's Festhallen stattfindenden Maskenball aufmerksam und ferner bekannt gemacht, daß die nächste Versammlung am 18. Februar bei Holzmann, Andreasstr. 25, stattfindet und der wichtigen Tagesordnung wegen zahlreiches Erscheinen erwünscht sei.

Charlottenburg. Der Wahlverein hielt am 10. Februar eine Mitgliederversammlung ab, in welcher Genosse Roland aus Berlin über die technischen und geistigen Fortschritte der Menschheit während des verflorenen Jahrhunderts sprach. Der Redner führte aus, wie durch die Entdeckungen und Erfindungen namentlich in der Neuzeit die menschlichen Lebensbedingungen auf das Vortheilhafteste beeinflusst wurden, und zeigte, daß durch die Popularisirung der Wissenschaften die Menschheit sich von Vorurtheilen und vom Aberglauben mehr und mehr befreit. In der Natur gehorche Alles einer strengen Nothwendigkeit und Gesetzmäßigkeit und unsere Aufgabe sei es, immer mehr diese Gesetze kennen zu lernen, um möglichst alle Kräfte der Natur in den Dienst der Menschheit stellen zu können. Der Vortrag fand allseitigen Beifall, Debatte fand nicht statt. Nachdem der Vorsitzende die Mitglieder zu regerer Theilnahme an den Versammlungen aufgefordert und der Referent zum Schluß noch einige Worte an die Versammelten gerichtet hatte, ging man auseinander.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 2. Berl. Reichstags-Wahlkreis.
Grosse Versammlung
 am Dienstag, den 16. Februar, Abends 8 Uhr,
 in Reinhardt's Neuem Gesellschaftshaus, Hasenheide 57.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag „Ueber Gewerbeberichte“. Referent Stadtverordneter Sabor. 2. Diskussion. 3. Aufnahme neuer Mitglieder. 4. Fragen. 5. Verschiedenes. — Gäste haben Zutritt.
 Um recht zahlreichen Besuch ersucht
 450/1 Der Vorstand.

Achtung! Achtung!
Sozialdemokratischer Wahlverein f. den IV. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
Außerordentl. Generalversammlung
 am Dienstag, 16. Februar, Abds. 8 Uhr, in Joel's Salon, Andreasstr. 21.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag: Die Entstehung und Entwicklung des Eigentums. Referent Genosse Th. Glocke. 2. Diskussion. 3. Endgiltige Beschlussfassung betreffs Theilung des Vereins. 4. Wichtige Vereinsmitteilungen. 5. Verschiedenes.
 Um zahlreiches Erscheinen ersucht
 887/11 Der Vorstand.

Verlag des „Vorwärts“
 Berliner Volksblatt
 Berlin SW., Beuthstrasse No. 2.

Wir haben noch folgende

Reden und Schriften
Ferdinand Lassalle's

in Einzelausgaben am Lager:

Ferdinand Lassalle, Affisen-Rede vor den Geschworenen zu Düsseldorf am 3. Mai 1849 gegen die Anklage: Die Bürger zur Bewaffnung gegen die königliche Gewalt aufgereizt zu haben. 62 Seiten. Preis 25 Pf.

Die Philosophie Fichte's und die Bedeutung des deutschen Volksgesistes. Festrede, gehalten bei der am 19. Mai 1862 von der Philosophischen Gesellschaft und dem Wissenschaftlichen Kunstvereine in dem Arnim'schen Saale veranstalteten Fichtefest. 26 Seiten. Preis 10 Pf.

Ueber Verfassungswesen. Ein Vortrag, gehalten in einem Berliner Bürger-Vereinsverein. Was nun? Zweiter Vortrag über Verfassungswesen. Macht und Recht. Offenes Sendschreiben. 56 Seiten. Preis 15 Pf.

Arbeiterprogramm. Ueber den besonderen Zusammenhang der gegenwärtigen Geschichtsperiode mit der Idee des Arbeiterhandes. 31 Seiten. Preis 15 Pf.

Offenes Antwortschreiben an das Zentralkomitee zur Berufung eines Allgemeinen Deutschen Arbeiter-Kongresses zu Leipzig. 32 Seiten. Preis 10 Pf.

Zur Arbeiterfrage. Rede bei der am 16. April 1863 in Leipzig abgehaltenen Arbeiter-Versammlung. Nebst Briefen der Herren Prof. Butike und Dr. Lothar Bucher. 24 Seiten. Preis 10 Pf.

Arbeiterlesebuch. Rede, gehalten zu Frankfurt a. M., am 17. u. 19. Mai 1863. 63 Seiten. Preis 25 Pf.

Rede vor der korrekturellen Appellkammer zu Düsseldorf am 27. Juni 1864. 24 Seiten. Preis 10 Pf.

Kleine Aufsätze. I. Die französischen Nationalwerkstätten von 1848. II. Antwort an Herrn Professor Rau. III. Lassalle und die Statistik von B. Wadernagel. IV. Herr Wadernagel oder der moderne Heraklitos. V. Erwiderung auf eine Rezension der „Kreuzzeitung“.

Herr Julian Schmidt, der Literaturhistoriker. Mit Seiner Scholien herausgegeben. 4. Auflage. 108 Seiten. Preis 50 Pf.

Herr Bastian Schulze von Delitzsch, der ökonomische Julian, oder Kapital und Arbeit. 226 Seiten. Preis 1 M.

Franz von Sickingen. Eine historische Tragödie. 2. Auflage. 224 Seiten. Preis 2 M.

Wiederverkäufer erhalten Rabatt.
 Bei Bestellungen von auswärts bitten wir den Betrag (Porto extra) beizufügen.

Unserm Vorstehenden und Genossen **Paul Fähr** zu seinem heutigen Geburtstag die herzlichsten Glückwünsche!
 Kämpfe mühtig weiter
 Bis das Auge bricht,
 Kämpfe für die Freiheit,
 Wahrheit, Recht und Pflicht.
 Kämpfe für ein besseres Leben
 Durch die Nacht zum Licht!!
 Die Mitglieder des Vorstandes der Nobelpolizei. 232/16

Bohne jetzt: Oranienstr. 55, am Moritzplatz. Sprechst. 9-1, 3-5.
 Meine Poliklinik ist von Vorm. 8-9, Nachm. 1-3, 5-6 geöffnet. Unentgeltliche Behandlung von Unbemittelten.
 1310b **J. Semmel**, praktischer Zahnarzt.

Wo speisen Sie?
 In der alt. pommerischen Küche, Oranienstr. 181, Hof pt. Bei Klein! Frühst. 60 Pf., Mittagstisch mit Bier 50 Pf., Abendstisch von 30 bis 60 Pf., nach Auswahl. 18062

Bekanntmachung.
 Alle Sonntage von früh 9 1/2 Uhr Zwiebel-Kuchen beim rothen **Sack**, Straußbergerstr. 84. 1412b

Alle Uhren
 werden sauber und sorgfältig repariert unter Garantie des Gutgehens für **1,50 Mark** (außer Bruch) bei **W. Winkler**, Berlin N., Reinischendorferstr. 2 g, gegenüber der Dankes-Kirche. 251. Lager aller Arten Uhren, Uhrketten

Künstliche Zähne 2 Mark.
 Plomben von 1,50 M. an. Schmerzloses Zahnziehen 1 M. Sprechstunden 8-7 Uhr. Zahnarzt **Robert Wolf**, Chausseestr. 123 am Oranienb. Thor.

Schuhe u. Stiefel
 mit Kontrollmarke empfiehlt 1409b **F. Zante**, Langestr. 90.

Schuhe und Stiefel
 mit Kontrollmarke empfiehlt **G. Serbe**, Ritterstraße 114, nahe der Fürstenstraße.

Rechts-Bureau des Königl. Richter's a. D., **Alte Jakobstrasse 130**. Gewissenhafter Rath. Hilfe in allen Angelegenh. Unbemittelten unentgeltlich. Sonntags bis 4 Uhr. [1356L] 441/8

Fachverein der Tischler.
 Für den Osten:
 im Freischütz, Fruchtstraße 86a.
 Für den Süden, Südwesten und Westen:
 bei Habel, Bergmannstraße 5-7.
 Montag, den 15. Februar, Abends 8 1/2 Uhr,
Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Unsere Organisation. (Ost): Referent Th. Glocke. (Südwest): E. Wiedemann.
 2. Diskussion.
 3. Verschiedenes.
 Die Kollegen aus den genannten Bezirken werden ersucht, zahlreich zu erscheinen, da die Diskussion über obige Tagesordnung Klärung über die künftige Form unserer Organisation herbeiführen soll.
 Die Bevollmächtigten.
 Sonnabend, den 20. Februar, findet in den Räumen von Sanssouci, Kottbusserstr. 4a, der diesjährige **Wiener Maskenball** des Vereins statt. Billets sind bei allen Vorstandsmitgliedern, sowie auf den Zahlstellen des Vereins zu haben.
 324/13 Der Vorstand.

Öffentliche Versammlung für Männer und Frauen
 am Sonntag, den 14. Februar, Abends 5 1/2 Uhr, im Restaurant Klein, Schönleinstr. 6.
 Tages-Ordnung: 1. Vortrag über Prostitution. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
 Nachdem findet vom Les- und Diskutierklub „Vereinte Kraft“ gemüthliches Beisammensein, musikalische Abendunterhaltung statt.
 Um zahlreiches Besuch ersucht **Der Einberufer: Klemmth.**

Graveure und Bijeleure.
Große öffentliche Versammlung mit Frauen
 am Montag, den 15. Februar, Abends 8 1/2 Uhr, im großen Saale des Hrn. Bachmann, Dresdenerstr. 45.
 Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Direktor Herrn Max Rauh, „Die Naturheilkunde und ihr Einfluss auf die sozialen Verhältnisse“. 2. Freie Diskussion. 3. Verschiedenes.
 Um rege Theilnehmung ersucht
 1407b **Der Einberufer.**

Arbeiter-Bildungs-Schule.
Lehrplan für I. Quartal 1892.
 Die Stunden fallen wie bisher Wochentags von 8 1/2 bis 10 1/2 Uhr Abends, Sonntags von 9-11 und von 11 bis 1 Uhr resp. von 10-12 Uhr früh.

	Nordschule. Müllerstr. 179a.	Südschule. Hagelbergerstr. 43.
Montag	—	Rechnen (unt.).
Dienstag	Geschichte (neu.).	—
Mittwoch	Deutsch (ob.).	Geschichte (mittl.).
Donnerstag	Chemie.	Deutsch (ob.).
Freitag	Deutsch (unt.).	Rechnen (ob.), Buchführ.
do.	Physiologie.	—
Sonnabend	Rechnen (unt.).	Deutsch (unt.).
Sonntag	9-11 Rechnen (ob.), Buchführ. 11-12 Deutsch (mittl.).	10-12: Deutsch (mittl.).
do.	Geschichte (alt.).	—
do.	Deutsch (mittl.).	—

	Ostschule. Markusstr. 31.	Süd-Ostschule. Reichenbergerstr. 133.
Montag	Rechnen (ob.).	—
Dienstag	Physiologie.	Deutsch (mittl.).
Mittwoch	Deutsch (mittl.).	Deutsch (ob.).
do.	—	* Mathematik.
Donnerstag	—	Geschichte (neu.).
Freitag	Geschichte (alt.).	Deutsch (unt.).
Sonnabend	Deutsch (ob.).	Rechnen (ob.), Buchführ.
Sonntag	9-11 Rechnen (unt.). 11-12 Deutsch (unt.).	—
do.	—	Rechnen (unt.).

Die mit * bezeichneten Stunden werden mit Benutzung der Doppel-Räume erteilt.
 Für alle vier Schulen: an jedem Sonntag Vorm. 10-12 Uhr im Saale Brühlstr. 21/22: **National-Ökonomie.**
 In alle Lehrfächer können noch Schüler und Schülerinnen, auch jetzt im Laufe des Semesters, eintreten.
 Die Zahlung der Beiträge und Aufnahme neuer Mitglieder kann an endstehenden Zahlstellen, deren je eine auch in jeder Schule errichtet ist, erfolgen. Dasselbe wollen auch die Teilnehmer und Teilnehmerinnen am Unterricht ihre Schulkarten einlösen. Beitrag mindestens 25 Pf. monatlich, Schulgeld monatlich 50 Pf. An den mit * bezeichneten Zahlstellen sind auch Billets zum Aquarium à 40 Pf. und zur Urania à 25 Pf. (welche letztere dann nur noch eine Nachzahlung von 25 Pf. bedingen) gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches zu haben.
 Die Zahlstellen sind folgende:

S.	C.
Südschule, Hagelbergerstr. 43.	* Berndt, Neue Schönhauserstr. 18.
* Bärner, Ritterstr. 108.	Kuhlmoys, Rosenstr. 30.
Gründel, Dresdenerstr. 116.	
Klein, Kottbusser Danm 14.	
SO.	
Südoschule, Reichenbergerstr. 133.	
Kehr, Köpcke'str. 126.	
Schmidt, Wrangelstr. 141.	
* Schulz, Admiralsstr. 40a.	
Ulrich, Wrangelstr. 84.	
Zabell, Baumstr. 86.	
Linke, Forsterstr. 45.	
Schayer, Reichenbergerstr. 54.	
SW.	
Grabe, Mariendorferstr. 10.	
* Passorke, Junkerstr. 1.	
Goepel, Rappachstr. 1.	
* Antrick, Steinmetzstr. 60.	
O.	
Ostschule, Markusstr. 31.	
A. Böhl, Rüdendorferstr. 8.	
E. Böhl, Frankfurter Allee 74.	
Radke, Krautstr. 48.	
* Lock, Friedrichsbergerstr. 11.	
Tempel, Breslauerstr. 27.	
Rusch, Markusstr. 31.	
441/8	

N.
 Nordschule, Müllerstr. 179a.
 Krause, Pappel-Allee 3/4.
 Abraham, Straßburgerstr. 5.
 * Glöckner, Müllerstr. 174.
 Guad, Brunnenstr. 38.
 Kleinau, Gartenstr. 171.
 Lehmann, Brunnenstr. 88.
 Schmidt, Dresdenerstr. 24.
 Thierbach, Schwedterstr. 44.
 Raabe, Ruppinerstr. 42.
 * Scholz, Kastanien-Allee 35.

NO.
 * Gumpel, Barnimstr. 42.
 Drescher, Liniestr. 50.

NW.
 * Vogtherr, Stephanstr. 27a.
 Voss, Lübeckstr. 8.

Friedrichsberg.
 Heineke, Friedrich Raststr. 11.
 Der Vorstand.

Zentral-Kranken- u. Sterbefälle der Tischler u. s. w.
 Vertikale Verwaltung Berlin A.
 Sonntag, den 14. Februar 1892,
 Vorm. 11 Uhr:
Mitglieder-Versammlung
 im Lokale von Roll, Adalberstr. 21.
 Tages-Ordnung:
 1. Abrechnung vom 4. Quartal 1891.
 2. Verschiedenes. — Mitgliedsbuch legitimiert. Jedes Mitglied ist verpflichtet, in dieser Versammlung zu erscheinen. — Nach Schluß der Versammlung findet die Mitglieder-Versammlung d. Zentral-Kranken- und Sterbekasse aller Arbeiter Deutschlands (Zuschuß-Kasse) statt.
 Tages-Ordnung: 1. Abrechnung vom 4. Quartal. 2. Verschiedenes.
 300/11 Die Ortsverwaltung.

Fachverein der Steinmetzen.
 Sonntag, 14. d. M., Vorm. 10 Uhr, in Deigmüller's Salon, Alte Jakobstr. 48a,
Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag über: Das Weltsystem. Referent wird in der Versammlung bestimmt. 2. Abrechnung der Vereinskasse. 3. Gewerkschaftliches.
 Um recht zahlreiches Erscheinen ersucht
 291/11 **Der Vorstand.**

Mitglieder-Versammlung
 der Zentral-Kranken- und Sterbefälle der Tabak-Arbeiter Deutschl. Berlin L. am 15. d. M. bei Herrschel, Adalberstr. 4, Abends 9 Uhr. 1. Abrechnung vom 4. Quartal 1891. 2. Verschiedenes.
 1413b **J. A.: S. Prengel.**

Jede Uhr 1058L
 zu reparieren und zu reinigen kostet bei uns unter Garantie des Gutgehens nur **1 M. 50 Pf.** (außer Bruch), kleine Reparaturen billiger. Lager aller Arten neuer und gebrauchter Uhren. Verkauf zu ermäßigten billigen Preisen. 42L **E. Rothert & Stolz**, Uhrmacher, Andreasstr. 62, Chausseestr. 78, 3. Geschäft: Chausseestr. 34.

Marken z. quittieren von
Partei-Beiträgen
 empfiehlt allen Genossen die Quittungsmarken und Kautschuk-Stampfabrik von **Conrad Müller**, Schräublich-Leipzig.
 Preisliste gratis und franko.

Schuhe und Stiefel
 mit Kontrollmarke empfiehlt [1898L] **C. Nitschke**, Kastanien-Allee 86.

Mehlhandlung.
 Offertine billigt alle Sorten Vogels Futter: Ameiseneier à Pfd. 1,40 M. Mehlwärmer à Pfd. 4 M. Billig ff. Butter 1,20 M., Fett- und Mager-Speck 60 Pf., ff. Thier- u. Braunschw. Fleischwaren, Eier à Dtl. 55 Pf.
M. W. Walter, 1805L Zeughofstr. 3.

Martin Klein, 1476L
 Uhrmacher,
25 Neue Hochstr. 25
 empfiehlt sein Lager aller Arten **Band- und Taschen-Uhren.**
 Reparaturen zu soliden Preisen.

Den Genossen halte ich meine
Masken-Garderobe
 bei Bedarf best. empfohlen
 Größte Auswahl. Bill. Pr.
 Vereinen Preisermäßig.
Fr. Panknin,
 Oranienstraße 178,
 Adalberstr. 91, Ecke Oranienstr.

Schuhe u. Stiefel
 mit Kontrollmarke empfiehlt 1404b **J. Schülke**, Pöcklerstr. 14.

Hutfabrik von **Emil Kunze**, Brunnenstr. 87.
 Hüte nur mit Kontrollmarke. Große Auswahl in Kravatten, Herren- und Knabenmützen zu den billigsten Preisen. 1928L

Nur 1 Mark.
 Klagen, Eingaben, Reklamationen, Rath im Zivil- und Strafprozeß. Eingehung von Forderungen. **Pollak**, jetzt Hauptstr. 7, I. Auch Sonntags.

Jede Uhr unter Garantie kostet bei mir (außer Bruch) **1,50 Mk.**
 Kleine Reparaturen entsprechend billiger.
Uhren, Gold- u. Silberwaren
C. Wunsch, Naunpstr. 35, u. d. Oranienplatz